

Palästina

INTIFADA

Nummer 20 Februar 2006 Preis: € 2,- Zeitschrift für den arabischen Widerstand



Inhalt

Der Wille des Volkes auf der Terrorliste	3
Zum Wahlsieg der Hamas	
Unser Volk und unsere Prinzipien werden wir um ausländischer Hilfeleistungen willen nicht verraten	5
Erklärung von Khalid Mish'al, Vorsitzender des Politischen Büros der Hamas	
Kommunalwahlen im Westjordanland	6
Israel, USA und EU wollen Ergebnis vorschreiben	
Der „befreite“ Gazastreifen	7
Haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung tatsächlich verbessert?	
Der Traum von Gaza, das im Meer untergeht	9
Felicia Langer über den Abzug israelischer Truppen und Siedlungen aus dem Ga- zastreifen	
Irakische Wahlen wenden sich gegen ihre Herren	10
Antibesatzungs-, und Antiverfassungskräfte zeigen ihre Stärke	
Irak: Widerstand am Wendepunkt	12
Erklärung des Antiimperialistischen Lagers	
„Einige von uns wurden zu Tode gefoltert“	14
Interview mit Abduljabbar al-Kubaisi	
Titel Titel Titel Titel Titel	17
Interview mit Abdelhalim Qandil	
Solidarität mit dem iranischen Widerstand gegen die Unterordnung unter das US-Imperium	22
Für einen demokratischen Staat in ganz Palästina	
Nehmt dem Folteropfer von Abu Ghraib nicht auch noch die Stimme	24
Petition an Außenministerin Plassnik	
Visumsverweigerung	26
An das italienische und an das österreichische Volk	
Paradise Now	27
Munich – München	28
Kontakt und Abo	45

Der Wille des Volkes auf der Terrorliste

Zum Wahlsieg der Hamas

Der überwältigende Sieg der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen kam, in dieser Deutlichkeit, für viele überraschend. Er ist es indes nicht, wenn man bedenkt, dass das nach mehr als fünf Jahren zermürenden Widerstandskampfes ermüdete palästinensische Volk kaum eine eindringlichere Form wählen konnte, um seinem Wunsch nach Fortsetzung der Intifada Ausdruck zu verleihen.

Die Wahlergebnisse sprechen eine deutliche Sprache: 74 von 132 Parlamentssitzen oder 56,06 % gingen an Hamas, 45 Sitze oder 34,09 % an Fatah.¹ Das zeigt zunächst, dass die historisch führende Kraft der palästinensischen Befreiungsbewegung, die Fatah, ihr Prestige endgültig eingebüßt hat. Grund dafür ist jedoch nicht so sehr die zweifellos existierende Korruption in ihren Reihen, sondern hat vielmehr damit zu tun, dass die Fatah im Bewusstsein der Bevölkerung mit den Oslo-Verträgen, der Roadmap und im Allgemeinen der Ausverkaufspolitik des palästinensischen Befreiungskampfes verbunden ist. Das palästinensische Volk hat schlicht den Glauben daran verloren, dass eine Politik dieser Art jemals zu nationaler Souveränität in einem lebensfähigen Staat führen wird.

Demgegenüber steht die Hamas, unabhängig von ihrem religiösen Profil, für die Fortsetzung des palästinensischen Widerstandskampfes und für die Aufrechterhaltung der historischen Forderungen der nationalen Befreiungsbewegung. Das allein ist der Grund für ihren überwältigenden Sieg. Es ging dem palästinensischen Volk darum, der Welt zu zeigen, dass es nicht bereit ist, die Intifada zu begraben, auch wenn es kaum noch physische Kraft haben mag, den bewaffneten Kampf weiterzuführen. Der Wahlsieg der Hamas ist als politischer Akt der Bevölkerung zu deuten, die damit ihrem Wunsch nach Fortsetzung des Aufstandes deutlich Ausdruck verleiht.

Der dritte Punkt ist das schlechte Abschneiden der Linken. Insgesamt kamen die Unabhängigen (Unabhängige, Alternative Liste, Unabhängiges Palästina, PFLP, der Dritte Weg) auf 13 Sitze bzw. 9,85 %. Bei der Listenwahl erreichte die PFLP nur 3 Sitze bzw. 4,33 %, die Liste Mustafa Barghuti (angetreten als Liste Unabhängiges Palästina) zwei Sitze bzw. 2,77 % und das Wahlbündnis aus DFLP, PPP und FIDA 2 Sitze oder 2,98 %. Es zeigt sich, dass die palästinensische Linke durch ihre unentschlossene und uneindeutige Politik sowohl in Hinblick auf den Oslo-Pro-

zess, aber noch deutlicher angesichts der verschobenen Kräfteverhältnisse innerhalb der palästinensischen Gesellschaft ihren Einfluss als kämpfende Kraft weitgehend verspielt hat. Das Fehlen einer strategischen Vision gegenüber dem politischen Islam, dessen Führungsrolle immer deutlicher wurde; das Kokettieren mit einer Politik, die eher auf die israelische Linke bzw. auf den Stil der europäischen Antiglobalisierungsbewegung ausgerichtet war, hat die palästinensische Linke teuer bezahlt.

Nicht nach den Plänen des Westens

Der Wahlsieg der Hamas hat die Pläne des Westens – sowohl der USA als auch Europas – für eine Lösung des Nahostkonfliktes nach ihrem Gutdünken durchkreuzt. Vorgesehen war eine langfristige Befriedungspolitik unter einem entschlossenen prowestlichen Präsidenten, der im Wesentlichen bereit ist, im Austausch für ein paar Cent dem politischen Druck Israels und der USA nachzugeben. Das hätte die Aufgabe der historischen Forderungen der nationalen Befreiungsbewegung bedeutet, im Konkreten die Aufgabe des Kampfes für einen lebensfähigen palästinensischen Staat und eine nationale Führung an Stelle eines Marionettenregimes. Mahmud Abbas war der Wunsch kandidat des Westens zur Durchführung dieses Plans, während die Hamas, gemeinsam mit einer Reihe anderer palästinensischer Befreiungsorganisationen seit Jahren auf den Listen terroristischer Organisationen sowohl der USA als auch der EU geführt wird.

Der Wahlsieg der Hamas hat den Plan des Westens zunichte gemacht. Der Westen hat prompt reagiert und damit ein weiteres Mal bewiesen, dass sein Demokratieverständnis dort aufgehört, wo das politische Interesse beginnt. Nachdem jahrelang das feh-



lende Demokratiebewusstsein des palästinensischen Volkes den Diskurs der westlichen Medien beherrscht hat, denkt nun der Westen keineswegs daran, den demokratischen Willen des palästinensischen Volkes ohne Weiteres zu akzeptieren. Das „Quartett“ der Weltmächigen stellt als Bedingung für diplomatische Zusammenarbeit mit einer Hamas-Regierung sowie für die Fortsetzung der Hilfszahlungen Forderungen, die im Grunde darauf hinauslaufen, dass die Hamas gerade das aufgeben soll, wofür das Volk sie gewählt hat: die Fortsetzung des Widerstandes, und zwar nicht nur des bewaffneten, sondern auch des politischen. Denn nichts anderes ist die Forderung nach Anerkennung des Staates Israel und nach Einhaltung der Rahmenvorgaben des Oslo-Prozesses und der Roadmap.

Dass die Hamas auf diese Forderungen nicht eingehen kann, versteht sich von selbst, wenn sie ihre Massenbasis nicht verlieren will. Dass allerdings die Hamas tatsächlich die führende Stellung in der palästinensischen politischen Arena einnimmt, daher nicht durch einen westlichen Wunschkandidaten ersetzt werden kann, ist ebenso eine Tatsache, die so schnell nicht rückgängig gemacht werden. Intelligente Kommentatoren im Westen raten daher den Regierungen, eine geschickte Politik einzuleiten, die es der Hamas ermöglicht, Kompromisse einzugehen und es dem Westen ermöglicht, die Hamas, bzw. zumindest Teile von ihr zu integrieren.



Inwieweit die Hamas auf eine solche angedeutete Zuckerbrot-und-Peitschen-Linie einsteigen wird, ist heute noch nicht absehbar. Man spricht von unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der Partei, auch wenn die Existenz dieser nach außen hin geleugnet wird. Was sich in jedem Fall abzeichnet, ist der Versuch der Führung eine Politik des Doppelspiels zu betreiben: einerseits durch gewisse verbale Zugeständnisse – etwa die Formel von der Möglichkeit eines langfristigen Waffenstillstandes – eine Gesprächsbasis mit Israel, vor allem aber mit Europa und den USA herzustellen, andererseits jedoch nicht auf die grundlegenden Forderungen und die Legitimität des bewaffneten Kampfes zu verzichten um die feste Verankerung der Hamas in den palästinensischen Massen nicht aufs Spiel zu setzen.

Widerstand ist kein Terrorismus

Mit der Wahl der Hamas hat das palästinensische Volk deutlich gezeigt, dass es dem Druck Israels, des Westens und der eigenen Fatah-Regierung nicht nachgeben, sondern im Gegenteil die Intifada fortsetzen will. Diese Botschaft wurde in aller Welt verstanden. Von diesem Gesichtspunkt aus kann es keinen Zweifel geben – egal wie fern die Hamas mit ihrem religiös-politischen Charakter der westlichen Linken und antiimperialistischen Bewegung stehen mag, dass der Wahlsieg der größten Widerstandsfraktion für den Fortbestand der palästinensischen Befreiungsbewegung ein positives Zeichen bedeutet, abgesehen davon, dass die Legitimität des souveränen Volkswillens in jedem Fall eingefordert werden muss. Der Widerstand eines unterdrückten und militärisch besetzten Volkes ist kein Terrorismus – das gilt es heute mehr denn je zu verteidigen.

Margarethe Berger
8. Februar 2006

1 Die Angaben zu den Wahlergebnissen stammen von der Palästina-Plattform Österreich, www.filastin.at

Margarethe Berger ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Intifada*.

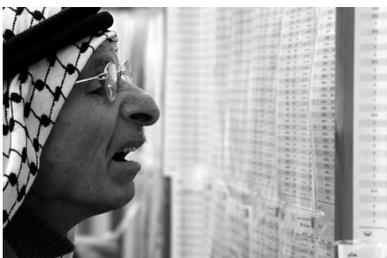


Unser Volk und unsere Prinzipien werden wir nicht für ausländische Hilfsleistungen verraten

Erklärung von Khalid Mish'al,
Vorsitzender des Politischen Büros der Hamas

Die Palästinenser wählten die Hamas, weil wir entschlossen sind, ihre Rechte zu verteidigen. Aber wir sind bereit für den Weg eines gerechten Friedens.

Es ist bekannt, dass für die Palästinenser Bildung und politisches Bewusstsein einen hohen Stellenwert haben. Als sie letzten Mittwoch zur Wahl gingen, waren sie sich ihrer Optionen bewusst und diejenigen, die ihre Stimme der Hamas gaben, wussten auch, wofür sie steht. Sie wählten die Hamas wegen ihres Versprechens, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes nie zu verraten und den Weg eines Reformprogramms zu beschreiten. Es gab die Stimmen, national und international, die die Palästinenser davor warnten ihre Stimme einer Organisation zu geben, die von den USA und der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft wird. Sie wurden davor gewarnt, dass sie durch die Ausübung ihres demokratischen Rechts zu wählen die finanzielle Hilfe des Auslands aufs Spiel setzen könnten.



An dem Tag, an dem die Hamas die demokratischen Wahlen in Palästina gewann, scheiterten die führenden Demokratien der Welt an ihrem eigenen Verständnis von Demokratie. Anstatt die Hamas als die in freien Wahlen gewählte Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen und die von der Wahl geschaffene Tatsache als Möglichkeit zu ergreifen, anstatt die Entwicklung einer guten Füh-

rung in Palästina zu unterstützen und das Blutvergießen zu beenden, drohen die USA und die Europäische Union mit kollektiver Bestrafung für ein Volk, das sein demokratisches Recht, seine parlamentarischen Vertreter zu wählen, in Anspruch nahm.

Wir werden bestraft, weil wir gegen die Unterdrückung Widerstand leisten und für Gerechtigkeit kämpfen. Diejenigen, die uns heute mit Sanktionen drohen, sind genau diejenigen Mächte, die für unser Leiden ursprünglich verantwortlich waren und seither unsere Unterdrücker nahezu bedingungslos unterstützen. Wir, die Opfer, werden von ihnen bestraft, während unsere Unterdrücker größte Nachsicht genießen. Die USA und die EU hätten den Erfolg der Hamas dafür nützen können ihre Beziehungen zu den Palästinensern, den Arabern und der muslimischen Welt neu zu gestalten und eine Bewegung besser zu verstehen, deren Wahrnehmung in der Weltöffentlichkeit bisher hauptsächlich durch die zionistischen Besatzer unseres Landes geprägt war.

Unsere Botschaft an die USA und an die Regierungen Europas ist die folgende: Euer Versuch uns dazu zu zwingen unsere Prinzipien und unseren Kampf aufzugeben, ist zum Scheitern verurteilt. Unser Volk, das den Tod Tausender von Märtyrern zu beklagen hat, die Millionen von Flüchtlingen, die jetzt an die sechzig Jahre lang auf ihre Rückkehr gewartet haben und die Kriegsgefangenen in israelischen Gefängnissen – sie alle haben ihre Opfer nicht dafür gebracht, dass sie sich jetzt mit einer Lösung, die praktisch nichts ihrer legitimen Rechte erfüllt, abfinden.

Die Hamas bekam das Vertrauen der Wähler hauptsächlich für ihren unerschütterlichen Glauben an

den Sieg des palästinensischen Volkes, und die Hamas ist weder für Bestechung noch Einschüchterung oder Erpressung empfänglich. Wir streben freundschaftliche Beziehungen mit allen Nationen an, jedoch nicht um den Preis des Ausverkaufs unserer legitimen Rechte. Wir haben miterlebt wie andere Nationen, beispielsweise die Völker von Vietnam und Südafrika, an ihrem Kampf festhielten bis sich ihre Bestrebungen nach Freiheit und Gerechtigkeit erfüllten. Bei uns ist es nicht anders, unsere Sache ist nicht weniger wert. Wir sind genauso entschlossen unseren Kampf zu führen und wir werden genauso viel Geduld an den Tag legen, um unsere Ziele zu erreichen.

Unsere Botschaft an die muslimischen und arabischen Nationen ist die folgende: Ihr tragt Euren palästinensischen Brüdern und Schwestern gegenüber Verantwortung, denn deren großer Einsatz wird auch Euret wegen geleistet. Es sollte nicht notwendig sein, dass das palästinensische Volk auf Hilfe von Ländern warten muss, die an jeden Dollar oder Euro, den sie zahlen, demütigende Bedingungen knüpfen, obwohl sie die historische und moralische Verantwortung für unser Leiden tragen. Wir erwarten von Euch, dass Ihr jetzt Euren Beitrag leistet und den Verlust von jeder Art von Hilfe an das palästinensische Volk kompensiert und wir verlangen, dass Ihr alle Restriktionen aufhebt, die zivilgesellschaftliche Institutionen, die für die palästinensische Sache Mittel aufbringen wollen, behindern.

Unsere Botschaft an die Palästinenser ist die folgende: Unser Volk sind nicht nur diejenigen Menschen, die im Westjordanland und im Gazastreifen unter der Besatzung leben. Wir sind auch die Millionen Flüchtlinge, die unter den entsetzlichsten Bedingun-

gen in den Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien und in Syrien leben müssen und die Millionen, die ohne nach Hause zurückkehren zu dürfen über die ganze Welt verstreut sind. Wir versprechen Euch, dass wir um nichts in der Welt unser Ziel – das Recht auf Rückkehr und unsere Befreiung – aufgeben werden. Wir werden dabei keine Mühe scheuen, um mit allen Fraktionen und Institutionen bei der Wiederherstellung Palästinas zusammen zu arbeiten. Nachdem wir jetzt die Parlamentswahlen gewonnen haben, ist es unser mittelfristiges Ziel die PLO so zu reformieren, dass sie ihre Rolle als wahrer Repräsentant des palästinensischen Volkes wieder voll erfüllen kann.

Unsere Botschaft an die Israelis ist die folgende: Wir bekämpfen Euch nicht, weil Ihr eine bestimmte Religion und Kultur habt. Dreizehn Jahrhunderte lang lebten Juden in Frieden und Harmonie in der muslimischen Welt. In unserer Religion seid Ihr „die Büchergelehrten“, denen Gott durch seinen Propheten Mohammed (Friede sei mit Ihm) das Recht auf Respekt und Schutz zusichert. Unser Konflikt mit Euch ist nicht religiöser, sondern politischer Natur. Wir haben überhaupt kein Problem mit Juden, die uns nicht angreifen. Unser Problem sind die Juden, die in unser Land kamen, uns mit Gewalt unterwarfen, unsere Gesellschaft zerstörten und unsere Menschen vertrieben.

Wir werden nie das Recht irgendeiner Macht, uns unseres Landes und unserer nationalen Rechte zu berauben, anerkennen. Wir werden nie die Rechtmäßigkeit eines zionistischen Staates anerkennen, der auf unserem Land errichtet wurde, als Buße für die Sünden anderer oder als Lösung für die Probleme anderer. Aber wenn Ihr bereit seid, das Grundprinzip für einen langfristigen Waffenstillstand zu akzeptieren, sind wir bereit zu Verhandlungen. Die Hamas reicht all denjenigen die Hand zum Friedensschluss, die einen Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit wirklich wollen.

Übersetzung einer Erklärung, die Khalid Mish'al für die englische Tageszeitung *The Guardian* vom 31. Januar 2006 verfasste.

Kommunalwahlen im Westjordanland

Israel, USA und EU wollen Ergebnis vorschreiben

Die Kommunalwahlen im Westjordanland und im Gazastreifen im Dezember 2005 sowie die Reaktion und die Drohungen des Westens vor und während der Wahlen haben gezeigt, was die Regierungen der EU und der USA tatsächlich meinen, wenn sie von „Demokratie“ im Nahen Osten sprechen. Der ehemalige Nato-Generalsekretär und nunmehrige EU-Außenminister Javier Solana drohte bei einem Besuch der Besatzungsmacht Israel, dass die EU im Fall eines Wahlsieges von Hamas jegliche Hilfe für die palästinensische Autonomiebehörde einstellen würde – im Jahr 2005 waren das immerhin 340 Mio. US-Dollar. Damit folgte er Stimmen des US-amerikanischen Kongresses und der israelischen Regierung.

In einigen Städten war es aufgrund des Würgegriffs der israelischen Besatzungsarmee nicht möglich, die Wahlen abzuhalten, beispielsweise in Tulkarm. In Hebron (al-Khalil) werden die Kommunalwahlen erst nach den Parlamentswahlen im Januar stattfinden; das wird von manchen Kommentatoren als Manöver gesehen, mit dem die Fatah verhindern will, dass Hamas auch in dieser wichtigen Stadt die Wahl gewinnt. Das bedeutet, dass rund 900 000 PalästinenserInnen im Westjordanland und Gazastreifen ihre Stimme noch nicht abgeben konnten.

Nach dem vorläufigen Endergebnis hat Hamas in 29 der 42 Gemeinden, in denen bis jetzt gewählt wurde, gewonnen; damit werden 1,1 Millionen PalästinenserInnen in den 1967 besetzten Gebieten unter Hamas-Lokalregierungen leben, 700 000 unter Fatah-Lokalregierungen, 500 000 unter Koalitionregierungen oder parteiunabhängigen Räten. In der zweitgrößten Stadt des Westjordanlands nach Jerusalem, Nablus, erhielt Hamas 73 % der Stimmen, Fatah nur 13 % – damit halten Hamas-Abgeordnete 13 der 15 Sitze im Stadtrat; auch in Jenin (8 von 15 Sitzen), al-Birah bei Ramallah (9 von 15 Sitzen), Kabalan bei Nablus, Sanur und Yamun bei Jenin errang Hamas Mehrheiten. Ramallah ist die einzige Stadt, in der Fatah die Mehrheit hält, und auch das nur aufgrund der für Christen reservierten Sitze im Stadtrat. Nach dem Wahlergebnis erhalten Fatah und die linke PFLP je sechs Abgeordnete im Stadtrat.

Der politische Führer von Hamas, Khalid Mish'al, sagte zu den Drohungen der EU: „Das zeigt, wie bei Demokratie und Freiheit mit zweierlei Maß gemessen wird. [Die EU] sollte das Wahlergebnis akzeptieren und dem palästinensischen Volk nicht das Recht absprechen, [seine Führung] selbst zu wählen.“

Dezember 2005

Quellen: BBC, Guardian, Aljazeera, Haaretz

PFLP stellt neue Bürgermeisterin von Ramallah – Christin mit Stimmen der Hamas gewählt

Die neue Bürgermeisterin von Ramallah gehört der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) an und wurde mit den Stimmen der sechs gewählten Vertreter der Volksfront sowie der drei gewählten Vertreter der Hamas ins Amt gewählt. Die Christin gewann so mit neun Stimmen gegen den Kandidaten der Fatah, auf den sechs Stimmen entfielen.

Nach Betlehem ist es nun Ramallah die zweite Stadt, in der jene palästinensischen Kräfte, die gegen die zionistische Kolonisation und gegen die Korruption kämpfen, sich zusammenschließen. Damit strafen sie Behauptungen Lügen, dass sich in Palästina die laizistischen und religiösen Kräfte gegenüberstünden.

5. Januar 2006

Der „befreite“ Gazastreifen

Haben sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung tatsächlich verbessert?

Nur wenige Monate sind seit dem Rückzug der siebentausend israelischen Siedler aus dem Gazastreifen vergangen, doch die Spannungen in diesem Stück Land, das an das Meer grenzt, bleiben hoch. Die politische Strategie, die dem israelischen Rückzug zugrunde liegt, stellt keineswegs, wie das die westlichen Medien darstellen, den einzigen wirklichen Versuch bisher dar, einen Friedensprozess einzuläuten. Vielmehr handelt es sich um einen unilateralen Schachzug, der dazu dient, die Fortsetzung der Besatzung des Westjordanlands und Ostjerusalems zu verschleiern. Seit damals hat Israel sein Werk des Siedlungsbaus durch die Errichtung neuer Vorposten – Embryonen neuer Siedlungen – im Jordantal und im Westjordanland fortgesetzt. Der Mauerbau geht ohne Unterbrechung und wie bisher in Illegalität weiter. Die militärischen Übergriffe in den besetzten Gebieten haben nie aufgehört.

Doch gerade im Gazastreifen sind die Lebensbedingungen der Bevölkerung weiterhin sehr kritisch, sowohl was die Lebensqualität betrifft, als auch was die öffentliche Ordnung betrifft. Die Bevölkerung, die schon von 38 Jahren der israelischen Besatzung und insbesondere den letzten während der Intifada gezeichnet ist, sieht sich nach der „Befreiung“ ihres eigenen Landes wirtschaftlichen Bedingungen gegenüber, die noch nie so dramatisch waren. Es genügt, sich vor Augen zu halten, dass die Arbeitslosigkeit zurzeit bei 38 % und der Prozentsatz der Personen, die unter der Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag leben bei 73 % liegen.¹

Die Wirtschaft des Gazastreifens, die in hohem Maße von der Landwirtschaft abhängt, liegt auf dem Boden und die schüchternen Hoffnungsschimmer auf Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen hängen noch von der weiteren Entwicklung der Kontrolle über den Grenzübergang bei Rafah ab. Dieser wurde nach 38 Jahren

im Dezember 2005 wiedereröffnet und stellt den ersten Teilabschnitt der Landesgrenze unter alleiniger Kontrolle der palästinensischen Autorität dar. Da jedoch der Abschnitt von einer Beobachter-Task-Force der EU und israelischen Funktionären überwacht wird, gibt es noch keine Klarheit darüber, wie sehr die Funktionalität des Grenzübergangs davon und von möglichen Einschränkungen beeinträchtigt sein wird.

Zum derzeitigen Zeitpunkt etwa sind die palästinensischen Ausfahrten

geführt und die Palästinensische Autonomiebehörde hat keinerlei Befugnisse in so zentralen Belangen des Lebens wie Geburten, Hochzeiten, Todesfälle, Immigration. Sie kann auch keine Erlaubnisse für den Wechsel von Wohnsitzen aus Gaza in das Westjordanland oder für die Einreise aus dem Westjordanland in den Gazastreifen ausstellen, nicht einmal wenn es sich um gesundheitliche oder familiäre Motive handelt. Das Community Mental Health Programme von Gaza berichtet, dass



nach Israel fast vollständig blockiert und die Grenze wird nur sporadisch geöffnet. Tonnen von landwirtschaftlichen Produkten der palästinensischen Ländereien müssen tagelang warten, bevor sie den Grenzübergang passieren können.

Nur jene Personen, die offiziell in Gaza leben und im Besitz eines Identitätsausweises sind, verfügen potentiell über die volle Mobilität in Hinblick auf Ein- und Ausreise aus Rafah. Die Palästinenser, die im Westjordanland, im Ausland oder ohne gültiges Dokument im Gazastreifen (etwa verheiratet mit Personen aus dem Gazastreifen oder mit Touristenvisa) leben, können nur über den Grenzübergang Kerem Shalom ein- und ausreisen, der von Israel kontrolliert wird. Das palästinensische Einwohnerregister wird von Israel

Hunderte von palästinensischen Bürgern, die auf ihre Behandlung warten, wochenlang auf der ägyptischen Seite des Rafah-Grenzübergangs festsitzen.

Es muss überdies daran erinnert werden, dass Israel neben allen Landesgrenzen, den Grenzübergang Rafah ausgenommen, auch den Zugang zum Meer, den Luftraum, die Wasservorkommen sowie die Stromversorgung kontrolliert und diese in jedwedem Moment absperren kann. Was den Zugang zum Meer betrifft, so hat die Fischerei, die für viele palästinensische Familien die Lebensgrundlage darstellt, seit Beginn der zweiten Intifada große Einbußen erlitten. Die Rechtfertigung von israelischer Seite dafür war, dass es notwendig sei, dem Waffenschmuggel via Meer Einhalt zu gebieten. Vor der Intifada konnte sich

ein Fischerboot bis zu zwanzig Meilen von der Küste entfernen, heute wurde die erlaubte Entfernung auf drei Meilen reduziert. Diese Einschränkungen bedeuten für viele Familien, dass sie ihrer wichtigsten Einnahmequelle verlustig gehen. Heute sind sie auf Hilfszahlungen des United Nations World Food Programme angewiesen.

Auch für die SchülerInnen und StudentInnen, die Schulen oder Universitäten im Westjordanland besuchen, gab es durch die Öffnung des Grenzübergangs keine Veränderung in der Bewegungsfreiheit: Ihnen ist es nach wie vor verboten, ihre Familien im Gazastreifen zu besuchen.

Die Regierung Sharon hat Ende Dezember des vergangenen Jahres die „Operation Blue Skys“ beschlossen, die auf die Schaffung einer Bufferzone im Norden des Gazastreifens ausgerichtet ist, zu der den Palästinensern der Zugang verweigert werden soll. In dieser Zone gilt Schießbefehl auf alle jene, die das Zutrittsverbot überschreiten.² Es handelt sich um einen Streifen Landes, der sechs Kilometer lang und in der Nähe des Flüchtlingslagers Jabaliya gelegen ist und in dem sich vor dem Abzug die israelischen Siedlungen Dugit, Ele Sinai und Nissanit rund um die Städte Beit Hanoun und Beit Lahya befanden. Ziel ist es, den Abschuss von Qassam-Raketen zu verhindern. Zu diesem Zweck wird eine Form der Kollektivstrafe eingesetzt.

Wenige Wochen nach dem Abzug ist Gaza nach wie vor nicht frei. Es ist



vielmehr weiterhin vom Gutdünken der israelischen Armee abhängig. Wie in vielen Medien berichtet wurde, ist der Gazastreifen praktisch zu einem riesigen Gefängnis für 1,4 Millionen Palästinenser geworden, von denen die Hälfte Flüchtlinge sind. Israel hat der palästinensischen Autonomiebehörde noch nicht die Schaffung einer Busverbindung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland ermöglicht, auch wenn dies Teil des im November 2005 im Rahmen der Eröffnung des Rafah-Grenzübergangs unterzeichneten Abkommens darstellt. Ohne diese notwendige Busverbindung und ohne die endgültige Aufhebung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Isolation gegenüber dem Rest der Welt wird

es nicht möglich sein, der erdrosselten Wirtschaft Luft zu geben und der palästinensischen Bevölkerung eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu ermöglichen. Dies ist zwar das erklärte Ziel vieler Entwicklungsprogramme, die von der EU und den USA unterstützt werden; die tatsächlich wesentlichen Punkte sind jedoch andere: die Besetzung des Westjordanlandes, der Siedlungsbau, der Territorium immer stärker zerstückelt, die Mauer und die Flüchtlingsfrage – das alles sind die Probleme, die nach wie vor nicht angesprochen werden und die auf politischer Ebene auch von der so genannten internationalen Gemeinschaft ignoriert werden. Doch gerade von der Lösung dieser Fragen hängt auch die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft des Gazastreifens ab.

*Beatrice Dacli
12. Januar 2006*

Beatrice Dacli lebt in Triest und ist in der internationalen Solidaritätsbewegung für Palästina aktiv.

- 1 UNDP/PAPP, Eye on Gaza, Bd. 3, 2005 – www.papp.undp.org/focus/gazaeng.pdf
- 2 www.btselem.org, 29. Dezember 2005: Creation of “Death Zone” in northern Gaza strip is illegal.



Der Traum von Gaza, das im Meer untergeht

Felicia Langer über den Abzug israelischer Truppen und Siedlungen aus dem Gazastreifen

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Auszug aus einem Vortrag, den die israelische Aktivistin Felicia Langer im Januar 2006 in Wien gehalten hat. Felicia Langer hat sich als Anwältin für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt und Israel verlassen, als ihr klar wurde, dass sie im israelischen Rechtssystem ihre Arbeit nicht durchführen konnte. Sie lebt seit einigen Jahren in Deutschland und hat sich auch dort als unermüdete Kritikerin der israelischen Besatzungspolitik einen Namen gemacht.

macht.

Die Besatzung ist 38 Jahre alt. Und ich glaube, das ist das Wesentliche und das Wichtigste. Es gibt einen Mythos von Sharon: Sharon als Mann des Friedens, weil er Gaza evakuiert hat. Gaza war unbeliebt, sogar bei Gott nicht so beliebt, denn in der Verheißung war Gaza nicht erwähnt. Aber man hat Gaza zur Verheißung adaptiert. Gaza war so unbeliebt und so teuer, weil man die Siedlungen beschützen musste. Yitzhak Rabin hat schon einmal gesagt, dass er sich freut, wenn Gaza im Meer untergeht. Das war sein Traum vor Oslo. Danach hat er das Oslo-Abkommen unterzeichnet.

Sharon hat also einen klugen Schachzug gemacht. Ich sage nicht, dass das nicht gut ist, wenn man ein Stückchen geraubten Landes zurückgibt. Aber man muss hier die ganze Situation und die Zusammenhänge verstehen. Sharon war klug genug um zu verstehen, was die radikalen Siedler nicht verstanden haben, obwohl er sie auch geprägt hat, er hat sie gut ausgebildet. Aber sie haben nicht verstanden, dass man nicht alles haben kann, während Sharon genau das verstanden hat. Man muss etwas zurückgeben oder fast zurückgeben um zu zeigen, dass sich etwas bewegt und unter dem Deckmantel des Theaters von der Räumung von Gaza, den weinenden Frauen, den Soldaten, die sich umarmt haben usw. kann man mehr und mehr Land im Westjordanland enteignen, mehr Siedlungen bauen.

Jetzt ist sehr klar, was Sharon schon

vorher klar gesagt hat: Wir werden ein paar Siedlungen im Norden des Westjordanlands räumen, aber nicht mehr. Auch die Mauer wird weitergebaut, in so einer Weise, die das Leben zur Hölle macht: tief in die palästinensische Gebiete, eine Mauer, die Palästinenser von Palästinensern und von Spitälern und Schulen und dem Land und Olivenhainen abtrennt. Das alles macht man weiter, obwohl es ein klares Gutachten vom Gerichtshof in Den Haag gibt, das ein Jahr alt ist, weil die Welt



schweigt.

Ganz im Gegenteil, alle waren fast elektrisiert und entzückt von dem, was in Gaza passiert ist. Wie hat man Gaza überhaupt geräumt? Gaza ist weiter unter Kontrolle, Remote Control, Fernsteuerung eben, die Grenzen, die Küste – Israel hat aus Gaza ein Gefängnis gemacht und sie haben den Schlüssel. Die Grenzübergänge – Rafah wird

über Fernbedienung auch kontrolliert. Es gibt jetzt auch eine Pufferzone im Norden von Gaza. Israel kann den Strom abdrehen, Israel hat die Kontrolle über Wasser und über die Einfuhr und Ausfuhr von Produkten. Das alles wird von Israel kontrolliert und das alles war diese so genannte kolossale Errungenschaft für Frieden. Man hat 8 500 Siedler aus Gaza evakuiert und gleichzeitig mehr als 15 000 Siedler im Westjordanland eingesiedelt. Ich habe Zahlen über 6 291 neue Wohnungen in Siedlungen auch in Ostjerusalem.

Wir alle hier wissen es – das Gutachten hat das auch betont – dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind und ein Verstoß gegen die Genfer Konvention. Es ist notwendig, die Wahrheit sehr laut zu sagen, Sharons Vermächtnis darf nicht als etwas Positives wahrgenommen werden, weil das alles sehr

negativ ist. Man will den Palästinensern nur Enklaven überlassen, so wie Homelands und sogar noch schlimmer, und das soll ein palästinensischer Staat sein. Man kann das Staat nennen ohne Jerusalem zu erwähnen. Jerusalem wird für immer eine ewige israelische Hauptstadt sein. Es gibt noch keinen Palästinenser (die sind noch nicht geboren), der so etwas unter-

Irakische Wahlen wenden sich gegen ihre Herren

Antibesatzungs- und Antiverfassungskräfte zeigen ihre Stärke

Selbst nach einem Monat intensivster Verhandlungen konnte die Wahlkommission kein Ergebnis präsentieren, das sowohl die verschiedenen irakischen Fraktionen als auch den Besatzer zufrieden zu stellen in der Lage wäre. Trotz der zahllosen Stimmen, die von Wahlbetrug sprechen, ist ein bedeutender Teil der Sitze an Kräfte gegangen die nicht nur gegen die US-Besatzung sind (im Irak kann niemand die Besatzung offen unterstützen), sondern auch die Verfassung ablehnen, die das Land in drei Einheiten aufspaltet. Tatsächlich sind die wirklichen Marionettenkräfte von Allawi und Chalabi auf eine winzige Minderheit reduziert worden. Trotz des Siegesgeschreis können die USA keinen wesentlichen Schritt in Richtung Stabilisierung verzeichnen.

1 Richtig ist, dass das irakische Volk zumindest derzeit entlang der Grenzen der drei großen Gemeinschaften im Land organisiert ist: die Schiiten, die Sunniten und die Kurden. Dies wird von den Besatzern begrüßt und versucht zu fördern, um darauf ein System des „divide et impera“, „teile und herrsche“, aufzubauen. Aber die Trennlinien sind weniger starr, als sie scheinen mögen. Die Widersprüche innerhalb dieser Gemeinschaften sind stärker, als berichtet wird und unter veränderten Bedingungen können sie den Weg bahnen für eine multikonfessionelle Koalition gegen die Besatzung, oder sogar für eine Widerstands-, und Befreiungsfront. Auf der anderen Seite bedeutet dieses „teile-und-herrsche“-System auch ein Problem für die USA. Einige neo-konservative Extremisten mögen an ihr Theorem des „kreativen Chaos“ glauben, aber der Erfolg oder Misserfolg der US-amerikanischen Mission des „Regimewechsels“ wird danach beurteilt werden, ob es ihr gelungen sein wird, ein stabiles Marionettenregime zu schaffen und den Irak mit seinen enormen Ölressourcen in die kapita-

listische Weltwirtschaft zu integrieren, um damit imperialistische Stabilität in die gesamte, so entscheidende Region des Nahen Ostens auszustrahlen. Dieses Ziel ist nicht in Sicht und die Wahl brachte keine signifikanten Schritte in diese Richtung:

Derzeit haben die Besatzer nahezu die gesamte territoriale Kontrolle an verschiedene Milizen verloren, von denen einige kollaborieren. Aber allen ist gemein, dass sie für ihre eigenen Ziele arbeiten. Unter veränderten Bedingungen kann die zeitweise Überschneidung von Interessen verschwinden und die USA würden mit nur sehr wenig in der Hand zurückbleiben.



Besonders ihre Hauptsäule, die vom Iran unterstützte Sciri-Da'wa Koalition, wird in einer sich militärisch zuspitzenden Lage gegen den Iran kein verlässlicher Partner mehr sein. Daher zögern die USA ihnen den gesamten Süden zu überlassen, da dies einem iranischen Protektorat gleichen könnte. Überhaupt könnte das Setzen auf die Schiiten, welche der Schlüssel für die US-Intervention waren, ein Schuss nach hinten gewesen sein. Schon jetzt kündigte die Bewegung der armen Massen, geführt von Muqtada al-Sadr, an, sich im Falle eines US-An-

griffs auf Teheran zu erheben.

Für alle wichtigen Partner der USA in der Region wird die Schaffung eines Staatengebildes entlang „ethnischer“ Kriterien als tödliche Bedrohung für ihre eigene Integrität gesehen. Indem die USA hier zu stark in diese Richtung tendieren, bedrohen sie damit ihre eigene wackelige Architektur der Region, was sie bereits taten, als sie Afghanistan angriffen.

Ihre Absicht, sich schon bald in Militärbasen zurückzuziehen und die tägliche Ausübung ihrer Herrschaft einem verlässlichen Marionettenregime, wie im afghanischen Modell zu überlassen, benötigt zumindest eine zentrale Regierung, die einige entscheidende Vorrechte ausüben darf. Es gibt aber keine solche Regierung mit der notwendigen militärischen Kapazität und Zustimmung vom Volk, die ohne die ständige US-Intervention überleben könnte. Eben genau diese Widersprüche zwischen den Gemeinschaften, die gefördert worden waren, verhindern dies.

2 Die Wahlen bringen nicht nur diese Probleme zum Vorschein, sondern sie legen auch Zeugnis davon ab, dass trotz allen Formen des Betruges und der Unregelmäßigkeiten ein bedeutender Teil der Bevölkerung, nicht nur die Besatzung sondern auch die Verfassung als eine Konkretisierung der Besatzung ablehnt. Das trifft nicht nur für das sunnitische Milieu zu, sondern auch für das schiitische. Muqtada al-Sadr, dessen Gruppen im Parlament die stärkste Einzelfraktion sind, ist auch ein entschiedener Gegner der Verfassung. Während auf der anderen Seite die Koalition von Kurden, Sciri und Da'wa zum Ziel hat diese durchzusetzen. Weit davon entfernt gelöst zu werden, ist diese Frage dazu bestimmt auch in Zukunft eine Stabilisierung des Regimes zu verhindern.

Aber hat nicht der bewaffnete Widerstand zu einem Boykott aufgerufen, der nicht mal von seinen eigenen Un-

terstützern befolgt worden ist? Bedeutet das nicht einen Rückschlag oder gar eine Niederlage für den Widerstand? Das ist die Interpretation der imperialistischen Medien. Natürlich, wenn man von der Annahme ausgeht, dass der Widerstand de facto bereits eine Nationale Befreiungsfront repräsentiert und nahe dran ist, die Besatzer aus dem Land zu vertreiben – wie einige dem Widerstand nahe stehende Personen behaupten – dann sind die Ergebnisse tatsächlich Besorgnis erregend. Wenn man aber von der Überlegung ausgeht, dass der Widerstand eher auf die sunnitischen Gebiete beschränkt ist und große Probleme hat, eine politische Vertretung zu bilden, dann erscheinen die Ergebnisse in einem anderen Licht.

Genau um dieses politische Vakuum zu füllen tendierte auch die sunnitische Bevölkerung dazu, sich an den Wahlen zu beteiligen, nachdem der Boykott im Jänner 2005 nicht den Weg für eine Widerstandsfront geebnet hatte, worauf der Aufstand von Muqtada 2004 zu hoffen Anlass gegeben hatte. Sie gingen jedoch nicht zu den Urnen um die Besatzung zu bestätigen, sondern um ihr klares Nein zum Ausdruck zu bringen, so wie es die meisten Anhänger von Muqtada taten.

Das Problem ist derzeit nicht, dass die Leute sich an den Wahlen beteiligten, sondern dass es keine Liste gab, die direkt oder indirekt vom Widerstand gebilligt worden war. So erhielt die kollaborierende Islamische Partei eine disproportional große Rolle, da es eben keine organische Verbindung zu den Listen gab, um unumgängliche opportunistische Tendenzen in Zaum zu halten.

Während die USA ihr Bestes geben um eine sunnitische kollaborierende Gruppe zu forcieren, um den Widerstand zu untergraben und um ein Gegengewicht zu den schiitischen Kräften aufzubauen, steht überhaupt nicht fest, ob es ihnen so gelingen wird, die Unterstützung der sunnitischen Bevölkerung zu gewinnen. Das wird davon abhängen, ob die USA bereit sind, bedeutende Macht an sie zu übertragen, nicht nur in den Regionen mit sunnitischer Mehrheit, sondern auch auf na-

tionaler Ebene. Der derzeitige „föderalistische“ Verfassungsentwurf müsste hierfür fallen gelassen werden, etwas zu dem weder die USA noch ihre derzeitigen Partner Sciri und Da'wa bereit sind. So befinden sich die USA auch auf dieser Front in Problemen.

3 Die politischen Führer des Widerstands verstehen, dass der Schlüssel zu ihrem Sieg eine Nationale Befreiungsfront ist, die um jeden Preis Muqtada al-Sadr einschließen muss, oder zumindest bedeutende Teile seiner Gefolgschaft. Wegen historischer Ursachen ist gerade das nicht einfach zu erreichen und derzeit scheint es erst mal blockiert zu sein.

Es gibt jedoch einige unbestreitbare Schritte in diese Richtung. Es gab nicht nur die Kooperation während der Aufstände 2004, sondern es gibt auch eine gemeinsame Basis was die Ablehnung der Besatzung ebenso wie der Verfassung betrifft. Ungeachtet der Tatsache, dass die Stimmabgabe entlang konfessioneller Grenzen erfolgte, ist dies eine starke Basis für einen überkonfessionellen, also nationalen, Block. Mehrere Hindernisse müssen hier überwunden werden.

Die Widersprüche zwischen Muqtada einerseits und Sciri-Da'wa andererseits müssen anwachsen und zum Ausbruch kommen. Angesichts der Verschlechterungen der Lebensbedingungen der armen Massen, für welche die regierenden Kräfte verantwortlich zeichnen, ist dies eine unerbittliche Tendenz. Dann gibt es natürlich noch die Reaktionen gegenüber einer eska-

lierenden Kampagne gegen den Iran. Bestimmt wird Muqtada größere Bereitschaft zeigen, die USA im Irak anzugreifen, als Sciri-Da'wa, welche den irakischen Widerstand um jeden Preis ausradieren wollen.

Auf der anderen Seite muss der Widerstand das militaristische Herangehen ablegen, bei dem Politik gleichgesetzt wird mit Kapitulation. Mit dieser weitverbreiteten Ansicht innerhalb der selbstorganisierten Widerstandskräfte, die sich hierbei mit den antistaatlichen Traditionen von al-Anbar überschneiden mag, überlassen sie das politische Feld auch innerhalb des sunnitischen Milieus opportunistischen oder sogar kollaborierenden Kräften. Ohne eine politische Front hat das Volk keine andere Möglichkeit sich politisch auszudrücken als sich an Wahlen zu beteiligen.

Aber die wichtigste Herausforderung ist es den Volksmassen zu versichern, dass – nicht nur aber vor allem – eine politische Widerstandsfront nicht den ba'histischen Fehler des politischen Ausschlusses wiederholt. Die vereinigten Kräfte gegen die Besatzung können nur gewinnen, wenn sie der „Demokratie“ die von den USA aufgezwungen wird, ein Modell der Volksmacht gegenüberstellen, welches die Partizipation der unteren Klassen ermöglicht. Dies ist der Schlüssel um den historischen Spagat zwischen dem Widerstand und der Bewegung von Muqtada zu überwinden.

*Antiimperialistisches Lager
28. Jänner 2006*



Irak: Widerstand am Wendepunkt

Erklärung des Antiimperialistischen Lagers

1 Die massive Beteiligung an den Wahlen am 15. Dezember 2005 in den Provinzen des so genannten sunnitischen Dreiecks (Euphemismus für die großen Gebiete, die hauptsächlich vom Widerstand kontrolliert und von etwa 40% der irakischen Bevölkerung bewohnt werden) veranlassen die USA und ihre bezahlten Schreiberlinge dazu, von einem gewaltigen Sieg ihrerseits und von einer bedeutsamen Niederlage der Guerilla zu sprechen.



2 Tatsächlich muss die große Wahlbeteiligung nicht trotz, sondern wegen des Rufes aller substantiellen Teile des Widerstands die Wahlbühne zu betreten um so viele Delegierte wie möglich für die Nationalversammlung zu stellen, erklärt werden.

3 Diese Entscheidung fiel nach der Entscheidung bei dem Oktober-Referendum zur Verfassung mit Nein zu stimmen. Die Iraker wissen wohl, dass ohne Wahlbetrug in den Provinzen al-Anbar, Salah al-Din, Niniwa, al-Tamin, Diyala und Bagdad das NEIN die Mehrheit bekommen hätte.

4 Die imperialistische Presse versucht zu verbreiten, dass der Widerstand keinen Massencharakter hätte. Sie versucht glauben zu machen, dass ohne kleine Gruppen die von außen in den Irak eindringen, das Land längst in

Frieden leben würde. Offensichtlich ist, dass dies nicht der Realität entspricht. Der bewaffnete Kampf zahlreicher Kräfte ist nur die Spitze des Eisberges, eine bewaffnete Avantgarde einer viel breiteren politischen und sozialen Bewegung. Tatsächlich haben mehrer Städte, Dörfer und die großen Regionen, welche nicht von den Besatzern kontrolliert werden, ein Netz von repräsentativen Organen und lokalen Komitees gebildet, die eine wirkliche territoriale Gegenmacht konstituieren. Unter

schwierigen und oft zur Verzweiflung treibenden Bedingungen (es sei nur das Eindringen von US-Truppen genannt) sind diese mit der Organisation und Verwaltung des sozialen Lebens der Bürger beauftragt.

5 Es ist bekannt, dass die Amerikaner von Israel gelernt haben, wie mit der Intifada umzugehen ist. Aber auch Israel ist es nie gelungen volle Kontrolle über den Gazastreifen und dutzende Städte im Westjordanland zu bekommen. Die USA sind gescheitert, was ihre Bemühungen um stabile Kontrolle über die großen Gebiete und Städte im Irak angeht. In den Bezirken, die unter dem Kommando schiitischer Kräfte stehen, haben weder US-Armee noch irakische Polizei politische oder militärische Kontrolle, sondern unterschiedliche Milizen,

die mit politischen Bewegungen verbunden sind, wie die Bewegung von Muqtada al-Sadr.

6 Man könnte von einer Pattsituation sprechen. Die USA können den Widerstand nicht zerstören, während der Widerstand mit Schwierigkeiten konfrontiert ist. Abgesehen von der internationalen Isolation (es ist beispiellos, dass es kein einziges Land gibt, in dem eine politische Repräsentation zu Gast sein darf) und der offensichtlichen übermächtigen militärischen Überlegenheit der USA, ist der Kern der Schwierigkeiten in der politischen Strategie zu suchen.

7 Im Irak ist ein verlängerter Volkskrieg wie in China und Vietnam unmöglich. Die Situation erinnert mehr an die libanesischen, palästinensischen oder somalischen Erfahrungen. Die Strategie des Verlängerten Volkskrieges setzt eine Konsolidierung der großen vollständig befreiten Zonen voraus, welche die Transformation der Guerillakräfte in eine reguläre Befreiungsarmee erlauben würde, um von der strategischen Defensive in die Offensive zu gelangen. Im Irak muss die Rolle der „strategischen Offensive“ vom städtischen Massenaufstand gespielt werden. Die städtischen Massen zu mobilisieren ist daher eine notwendige Aufgabe des Widerstands. Der Aufstand in den Städten macht eine Verbindung zwischen dem sunnitischen Widerstand und der schiitischen Bevölkerung notwendig. Ihre Einheit schien sich in den Erhebungsversuchen von Frühjahr und Sommer 2004 materialisiert zu haben. Sie wurden von den Besatzern niedergeschlagen, denen es gelang die Aufständischen zu spalten und die radikalen Schiiten von Muqtada al-Sadr zu neutralisieren.

8 So befinden wir uns gerade in einer Sackgasse, wo die befreiten städtischen und ländlichen Zonen weiterhin den feindlichen Angriffen ausgesetzt sind, während die Guerilla dazu verdammt ist punktuell zuzuschlagen und anschließend sofort wieder un-

terzutauchen, Sabotage und kleinere Angriffe durchzuführen. Was der bewaffnete Widerstand tatsächlich leisten kann, ist das Leben für die Besatzer unsicher zu machen, sie zu demoralisieren und die US-amerikanischen Versuche der Stabilisierung zunichte zu machen.

9 Nur wenn man diese Kräfteverhältnisse, diese Pattsituation in Betracht zieht, können wir verstehen, wieso große Teile des Widerstands beschlossen haben, die Gelegenheit der Wahlen zu nutzen. Diese taktische Entscheidung könnte es ermöglichen eine konsistente Gruppe von Mitgliedern der Nationalversammlung zu haben, welche die Marionetteninstitution, die vom Besatzer erschaffen wurde, von innen heraus zu sabotieren.

10 Es ist offensichtlich, dass dies eine riskante Taktik ist. Auch die USA haben eine taktische Wende vollzogen. Ein Ausdruck dessen ist ihre Bereitschaft Bewegungen kandidieren zu lassen, welche den Widerstand als legitim ansehen (zum Beispiel Saleh Mutlaqs Irakische Front für Nationalen Dialog). Ursprünglich hatte das Weiße Haus beschloss das Land von jeglichen ba'histischen Rückständen zu säubern und die Macht der schiitisch-kurdischen Allianz zu übertragen. Jetzt wird ihnen klar, dass große Teile der schiitischen Population in keiner Weise mit den Besatzern sympathisiert und Führern folgt, die absolut feindlich gegenüber der USA eingestellt sind (Muqtada al-Sadr) oder Teheran gehorchen, wie Sciri von al-Hakim und Da'wa, geführt vom derzeitigen Premierminister al Ja'fari, welche die Koalition Irakische Vereinte Allianz bilden, die gemeinsam mit den Kurden arbeitet. Das bedeutet, dass abgesehen von der amerikanischen Unfähigkeit den Widerstand einzudämmen, auch die Entscheidung, auf die schiitische Seite zu setzen um die Situation zu stabilisieren, praktisch fehlgeschlagen ist.

11 Aber es ist nicht nur dieser doppelte Irrtum, der die USA dazu bringt das Pferd zu wechseln. Um diesen Schritt zu verstehen müssen wir die globale imperiale Strategie der USA in unsere Überlegungen mit

einbeziehen. Sie haben den Irak nicht nur besetzt um Saddam Hussein los zu werden, sondern auch um den gesamten Nahen Osten neu zu entwerfen. Dieser Plan verlangt früher oder später die Zerstörung der Islamischen Republik im Iran (möglicherweise mehr nach dem ukrainischen Modell als über Mittel einer offenen Aggression). Das impliziert, dass die USA keine islamische Republik im Irak, die mit Teheran alliiert ist, akzeptieren können. Aber genau das ist es, was der Großteil der schiitischen Bewegungen will. Deshalb haben sie kriminellerweise mit den Besatzern kollaboriert um die Ba'th loszuwerden um ihr eigenes Ziel, und nicht Bushs Ziele, zu verwirklichen.

12 Nur in diesem Kontext kann die Öffnung der USA gegenüber den ba'histischen Sektoren des Widerstands erklärt werden (siehe auch die Freilassung einiger wichtiger ba'histischer Figuren in den letzten Tagen). Es ist bekannt, wie sehr die Ba'histen den Iran als absoluten Feind betrachten (es sei an den Bruderkrieg der 80er Jahre erinnert). Daher hoffen die Besatzer nicht nur den Widerstand zu spalten, sondern auch diese Sektoren auf ihre Seite als Verbündete für eine zukünftige Eskalation zu gewinnen, um die Islamische Republik Iran zu eliminieren. Wenn dieser Plan funktioniert, wenn Teile der alten Ba'th (unter ihnen auch Mutlaq) es akzeptieren, eine Koaliti-

onsregierung gemeinsam mit den Kurden und Allawis Irakische Nationale Übereinkunft zu formieren, wäre dass nicht nur eine ausschlaggebende Wende, sondern auch eine Tragödie. Wir hoffen, dass die antiimperialistischen Elemente des Widerstands diesen Plan zunichte machen werden.

13 Die nächsten Wochen werden zeigen (ebenso wie die Wahlergebnisse), ob das neue US-amerikanische Herangehen funktioniert hat. Alles ist möglich. Bestimmt wird eine gewisse Bestätigung der Listen, die nahe zum Widerstand sind, dem Widerstand Aufwind geben. Während sie in der ganzen Welt kriminalisiert und als „Terroristen“ gebrandmarkt werden, werden sie in Bagdad selbst durch einen massiven Konsens im Volk politisch legitimiert.

*Antiimperialistisches Lager
18. Dezember 2005*



„Einige von uns wurden zu Tode gefoltert“

Interview mit Abduljabbar al-Kubaisi

Abduljabbar al-Kubaisi ist Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), der Ende Dezember 2005 nach 16 Monaten Gefangenschaft im Irak freigelassen wurde.

Können Sie uns über Ihre Zeit in der Gefangenschaft erzählen?

Ich wurde 16 Monate im Gefängnis am International Airport Bagdad gefangen gehalten. Dort ist das Camp Cropper, das auch der größte Stützpunkt der Amerikaner im Irak ist. In der ersten Zeit zeigten mir die Amerikaner, die mich verhörten, Dossiers, von denen sie behaupteten, dass sie Informationen über mich seit 1960 enthielten. Die mehr oder weniger ständig stattfindenden Verhöre dauerten sechs Monate und waren politischer Natur. Sie befragten mich sogar über arabische und ausländische politische Persönlichkeiten. Am Ende sagten sie mir, dass sie nichts davon glauben würden, was ich ihnen gesagt hatte. Meine Antwort war: „Das ist euer Problem.“

In den ersten sechs Monaten steckten sie mich in einen hölzernen Verschlag, der sich in einer etwas größeren Zelle befand. Die allerersten elf Tage

musste ich sogar in einer hölzernen Schachtel zubringen, in die ich kaum hineinpasste.

Nach diesen sechs Monaten wurde ich transferiert und kam mit anderen politischen Gefangenen zusammen. Während meiner Gefangenschaft konnte ich mit allen von ihnen sprechen, außer mit Tareq Aziz und Taha Yasin Ramadan. Ich sprach oft mit Qays al-Azami, Humam Abdel Kader, Humam Abdel Jalek, Abdel Atawab Hwich, Ahmed Murtada, Hussam Muhammad Amin, Sutam al-Hammud und Abd Hammud sowie mit mehreren Beamten des irakischen Geheimdienstes. Insgesamt waren in diesem Gefängnis 103 Gefangene.

Bevor sie uns freiließen, fragten sie, ob wir bestimmte Wünsche bezüglich unseres zukünftigen Aufenthaltsortes hätten. Ich und fünf andere wählten Bagdad, fünf andere Tikrit, wieder andere Amman. Unter ihnen waren Huda Saleh Ammash und Rihab Taha, die Mordanschläge durch die Sadr-Brigaden befürchteten.

65 Gefangene – führende Politiker der ehemaligen Regierung und Mitglieder der Ba'th-Partei – sind noch im Gefängnis am Flughafen und warten

auf Verurteilungen. Es ist aber wahrscheinlich, dass einige von ihnen freigelassen werden, wie Mohamed Mahdi Saleh (ehemaliger Handelsminister) Abdel Atawab Hwich und Saad Abdel Majid al-Faysal, die im Außenministerium arbeiteten, Fadel Mahmud Gharib und Jalil Sarhan, Führungsmitglieder der Ba'th-Partei, sowie Hamed Challah, Kommandant der Luftwaffe. Zwölf Gefangene, die bisher noch keinem Richter vorgeführt wurden, können dies für die nächste Zeit erwarten.

Nun zur Gefangenenanstalt. Wesentlich für diese ist, dass sie vom Rest der Welt völlig isoliert ist. Der Gefangene sieht vorerst nur amerikanische Soldaten. Erst später wurde mir und anderen Gefangenen Kontakt zu unseren Familien erlaubt. Ich durfte alle vierzig Tage zehn Minuten Familienangehörige sehen, andere zwanzig Minuten alle vier Monate. Diese Maßnahmen galten für uns alle.

Wie wurden Sie von den Besatzern unmittelbar vor Ihrer Freilassung behandelt?

Vor meiner Freilassung legten mir die Amerikaner eine Erklärung gegen die Anwendung von Gewalt zur Unterschrift vor. Diese Erklärung beinhaltete auch das Versprechen, nicht gegen die irakische Regierung und die multinationalen Besatzungssoldaten vorzugehen. Sie verlangten von mir die Zusage, dass ich mich jeder Aktivität gegen sie widersetze und dass ich all dies vor den irakischen Sicherheitskräften bekräftige. Weiters wurde von mir verlangt, dass ich für eineinhalb Jahre keinerlei politische Stellungnahmen in den Medien abgeben dürfe.

Ich fragte sie, ob sie wirklich glaubten, ich würde nun mit ihnen zusammenarbeiten, und ich verweigerte meine Unterschrift unter diese Erklärung. Ich fragte den US-General auch, warum sie glaubten, sie könnten mich



jetzt zu ihrem Spion machen, nachdem ich so viel Zeit als ihr Gefangener verbracht hatte, gerade weil ich die Zusammenarbeit mit ihnen verweigerte. Und ich fügte hinzu:

„Glaubt ihr wirklich, ich kann darüber schweigen, was in meinem Land vorgeht?“ Dann verließ ich das Zimmer und ging in meine Zelle. Der General kam mir nach und sagte, ich solle austreichen, was ich nicht in der Erklärung haben wolle, und unterschreiben, was ich möchte.

Das Dokument beinhaltete einen Absatz über die „Unterstützung einer nationalen Versöhnung in einem geeinten Irak“ und einen anderen, der festhielt, dass ich davon informiert worden sei, „dass die Ba'ath-Partei gesetzlich verboten wurde“. (Kubaisi selbst arbeitete im Irak seit 25 Jahren gegen das damals herrschende Regime und seine Partei! – Anm. d. Red.)

In einem weiteren Punkt wurde ich aufgefordert mich jederzeit bereit zu halten, um vor einem Gericht zu erscheinen, sofern dies notwendig wäre. Und das, obwohl ich mich während der gesamten Zeit meiner Inhaftierung in Briefen an das Internationale Rote Kreuz bemühte, entweder meine Freilassung oder eine Verhandlung vor einem irakischen Richter zu erreichen. Ich konnte diese drei Punkte unterschreiben und strich alles andere durch.

Als ich das Gefängnis verließ, gaben sie mir ein Zertifikat, das bestätigte, dass ich ihr Gefangener gewesen war und eine Telefonnummer, die ich im Falle einer neuerlichen Verhaftung wählen sollte.

Wie verliefen die Verhöre genau?

Die Verhöre und alles, was dazu gehört, waren eine Qual. Diejenigen, die uns verhörten, wechselten ständig. Die Verhöre, die wir mit verbundenen Augen und mit gefesselten Händen und Füßen durchstehen mussten, dauerten mehr als 20 Stunden. Für die Verhöre war eine Gruppe von vier Amerikanern vom CIA oder einer anderen Instanz zuständig. Sie wollten von uns Informationen über den Widerstand oder über die Moscheen in Falluja und ähnliche konkrete Dinge. Bald aber dreh-

ten sich die Diskussionen um die Frage der Besetzung und um das Geld, das die Besatzer dem Irak raubten.

Um meine Inhaftierung zu rechtfertigen, wurden einige Anschuldigungen vorgebracht, die aber nie als Anklagen formuliert wurden. Sie konnten keine Anklagen konstruieren, weil sie selbst wussten, dass ihre Anschuldigungen nicht wahr waren und nicht etwa, weil ich sie stets zurückwies. Sie beschuldigten mich der Mobilisierung arabischer und europäischer Kräfte gegen die Besetzung. Sie warfen mir Treffen mit Saddam Hussein vor, die ich mit ihm gehabt hätte, um den Widerstand für die Zeit unter der Besetzung zu organisieren. Weitere Anschuldigungen machten mich zum politischen Koor-

dnaler Widerstand ohne religiöse Differenzen wird. Zweitens müssen die Aktionen qualitativ verbessert werden, damit den US-Streitkräften sowohl in menschlicher als auch in materieller Hinsicht größerer Schaden entsteht. Drittens darf der Irak nicht von seiner Umgebung isoliert werden, weder durch die Geschichte noch durch (regionale) geopolitische Überlegungen, das heißt, die Ereignisse im Irak haben ihre Auswirkungen auf die gesamte Region. In Hinblick auf diese Auswirkungen müssten die Regierungen in diesem Teil der Erde, die sich zu den USA loyal verhalten, der Bush-Administration das Risiko erklären, das sie eingeht, wenn sie weiterhin den Irak besetzt hält und somit als Konsequenz

„Die Verhöre und alles, was dazu gehört, waren eine Qual. Diejenigen, die uns verhörten, wechselten ständig, die Verhöre, die wir mit verbundenen Augen und mit gefesselten Händen und Füßen durchstehen mussten, dauerten mehr als zwanzig Stunden. Eine Gruppe von vier Amerikanern vom CIA oder einer anderen Instanz waren dafür zuständig. Sie wollten von uns Informationen über den Widerstand oder über die Moscheen in Falluja und ähnliche konkrete Dinge. Bald aber drehten sich die Diskussionen um die Frage der Besetzung.“

(Abduljabbar al-Kubaisi nach seiner Freilassung)

ordinator der Islamisten, der Sadristen und der Ba'athisten neben meiner Tätigkeit als politischer Theoretiker des Widerstands.

Einer der Leute, die mich verhörten, legte mir Artikel, die ich geschrieben hatte, als Beweis für meine Arbeit als politischer Theoretiker des Widerstands vor. Es waren Texte, die sich mit den Bedingungen auseinandersetzten, die ein Ende der Besetzung möglich machen sollten. Ich gebe zu, dass ich den Widerstand unterstütze und unterstützen werde, bis der letzte amerikanische und iranische Soldat das Land verlassen hat, aber andererseits weiß ich nicht, wer aller Teil des Widerstands ist.

In einigen Artikeln schrieb ich, dass vier Bedingungen erfüllt werden müssten, um die Besetzung zu beenden. Erstens muss sich die militärische Aktivität des Widerstands geographisch ausweiten und wachsen, sodass es ein natio-

den irakischen Widerstand stärkt. Sie müssten den USA die Augen öffnen und ihnen die Gefahr zeigen, die für das zionistische Gebilde in Palästina ausgeht, das sie mit ihrem Krieg eigentlich beschützen wollen. Viertens haben die USA ihre Glaubwürdigkeit verloren. All dies zusammen wird in den USA dazu führen, dass der Widerstand gegen die Besetzung und den Krieg im Irak wachsen wird.

Ich wurde auch gefragt, warum ich nicht gegen die Besetzung durch den Iran kämpfen würde. Meine Antwort war, dass sich die iranische Besetzung von selbst erledigen wird sobald die Amerikaner den Irak verlassen. Sie hat im Windschatten der US-Besetzung in geringem Ausmaß im Land Fuß gefasst und wird auch mit dieser verschwinden. Die iranische Besetzung wird von den US-Soldaten geschützt und von den Millionen Dollars aufrechterhalten, die in die iranischen Ge-

heimdienste und deren Unterorganisationen fließen.

Die Antwort darauf war, dass mit dem Ende der Besatzung ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte. Ich sagte daraufhin: „Verschwindet und lasst uns uns gegenseitig töten. Im Irak haben wir uns nie exklusiv als Schiiten und Sunniten empfunden. Erst als ihr gekommen seid und uns die iranische Regierung von al-Ja'fari und die iranischen Parteien gebracht habt, begannen wir auf diese Unterscheidung zu hören. Das alles wird ein Ende haben, wenn ihr verschwindet. Ihr seid der Feind und eure Vertreibung ist der einzige Weg, der uns offen steht, und das wird nur durch den Widerstand möglich sein.“ Bald beleidigten wir uns gegenseitig, und ich sagte, dass mein Verhörender nichts anderes tun könnte als mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen, um mich zum Schweigen zu bringen.

Später verhörte mich ein anderer CIA-Agent und sagte mir, dass der Irak in Gefahr und die USA in großen Schwierigkeiten wären und dass er unsere Analyse der Situation respektieren würde. Er versprach sie an Washington weiter zu leiten.

Wie sieht es mit der Anwendung von Folter in diesem Gefängnis aus?

Bis auf vier Menschen habe ich persönlich niemanden gesehen, der gefoltert wurde. Ich sah Taha Yasin Ramadan, den Vizepräsidenten der Republik, blutüberströmt, wie er versuchte seine Wunden mit Wasser und Salz zu reinigen. Folteropfer, die ich gesehen habe, sind weiters Jamis Sarhan aus Falluja, Führungsmitglied der Ba'th-Partei, Dr. Hazem Achajj Arrawi, ein Wissenschaftler und Mohammad al-Saghir, ein Mitglied des Geheimdienstes.

Wenn ich von diesen Menschen erzähle, spreche ich nicht nur von den üblichen Methoden wie die Augen zu verbinden, die Hände zuerst hinter dem Rücken zusammen zu binden und dann an die Füße zu fesseln und in dieser Stellung tagelang in einem kleinen hölzernen Verschlag fest gehalten zu werden. Das sind die Qualen, die wir alle während der Tage der

Verhöre erleiden mussten.

Wenn wir aßen, mussten wir es mit gefesselten Händen und verbundenen Augen tun. Der einzige Unterschied war, dass die Hände nicht hinter dem Rücken sondern vorne gefesselt waren, und so mussten wir blindlings irgendwie an das Essen kommen.

Ist jemand an den Folgen der Folter gestorben?

Ja, es starben einige Menschen an den Folgen der Folter, unter ihnen Adel al-Duri, der über sechzig war. Er war Führungsmitglied der Ba'th-Partei. Hamza Zubeidi, der ehemalige Premierminister, war schon über siebzig und Waddah Achajj war ein 58jähriger Sicherheitsbeamter.



Wie viele hochrangige Gefangene waren in diesem Gefängnis?

Es waren 103 Gefangene. Dann waren noch die Mitglieder des Widerstands, die von den anderen isoliert in einem Pavillon waren, so wie ich in den ersten sechs Monaten. In dieser Gruppe waren an die siebzehn Männer und neun Frauen. Als ich entlassen wurde, waren sie immer noch in Isolationshaft und wir wissen nicht, was mit ihnen passiert ist.

Neben Folterungen gab es auch Bestechungsversuche. Haben Sie das auch erlebt?

Natürlich. Sie boten mir Geld und Positionen in der neuen Regierung an. Sogar mehr als das. Sie sagten mir: „Du kannst uns kritisieren, aber gib uns dein

Einverständnis für die Teilnahme am politischen Prozess und den Wahlen im Dezember 2005.“ Ich lehnte ihr Angebot ab und deshalb, so wurde mir gesagt, würde ich bis nach dieser Wahl nicht frei gelassen werden. So war es dann auch. Ich sagte ihnen auch, dass ich für den Widerstand wäre und wenn es dreißig Jahre dauern würde, würde ich sie bekämpfen. Einer der Generäle antwortete mir mit folgenden Worten: „Stell zwei Bataillone auf und kämpfe gegen uns, aberschreibe nichts über uns.“ Darauf konnte ich nur sagen: „Ich bin kein Kämpfer mit dem Gewehr und ich bin schon über sechzig. Das einzige, was ich tun kann, ist schreiben. Und das werde ich auch weiterhin tun.“

Was sind die größten Probleme für die Gefangenen?

Die Ernährung. Die Gefangenen müssen unglaublichen Hunger erleiden. Sie gaben uns je einen Löffel Reis, ein bisschen Getreide und ein Stück Fleisch. Ich übertreibe nicht. Als sie den Speiseplan änderten, bekamen wir drei Löffel Nudeln. Wie es in den Briefen der Gefangenen an das Internationale Rote Kreuz klar zum Ausdruck kommt, ist der Hunger eines der größten Probleme der Gefangenen.

28. Dezember 2005

Das Interview wurde erstmalig auf www.al-Basra.net publiziert.

Titel Titel Titel Titel Titel

Interview mit Abdelhalim Qandil

Abdelhalim Qandil ist Sprecher der ägyptischen, demokratischen Oppositionsbewegung „Kifaya“ und Mitglied der ägyptischen panarabischen Nasseristischen Partei, sowie Chefredakteur ihrer Wochenzeitung „Al-Arabi“. Er ist Mitgründer der Bewegung „Kifaya“ und einer ihrer Hauptsprecher. Aufgrund eines seiner Artikel, in dem er über politischen Intrigen von Suzan Mubarak, der Ehegattin des Präsidenten, schreibt, wurde er letztes Jahr von Regierungsanhängern entführt und misshandelt. Die Entführer schlugen ihn bewusstlos und ließen ihn nackt am Rand einer Wüstenstraße liegen. Dieser Einschüchterungsversuch schlug fehl. Er machte Qandil und die Bewegung Kifaya im gesamten arabischen Raum bekannt. Die Solidaritätswelle, die danach entstanden ist, hat sehr zur Etablierung und Verbreitung von Kifaya beigetragen. Qandil nahm an der Solidaritätskonferenz mit dem irakischen Widerstand teil, die am 2. Oktober 2005 in Rom stattgefunden hat. Organisiert vom Österreichisch-Arabischen Kulturzentrum besuchte Qandil auf seinem Rückweg nach Kairo Wien, wo eine weitere Pressekonferenz und ein Vortrag über die jetzige Situation in Ägypten und im arabischen Raum stattfanden. Wir interviewten Qandil am 6. Oktober 2005 im Österreichisch-Arabischen Kulturzentrum.

Sie sind ein tragendes Mitglied der Nasseristischen Partei. Der Name der Partei bezieht sich auf die sozialistische, panarabische Linie Nassers. Was ist vom Nasserismus heute geblieben? Was für einen Sinn macht der Panarabismus heute noch?

Die arabische Region befindet sich heute in einem offenen Krieg bzw. in einem Wettbewerb um Schicksale und Interessen. Der Kampf umfasst die gesamte Region. Es ist eine Art griechisches Drama, wo die Darsteller von den Rollen bestimmt werden. Die Rolle Ägyptens in diesem Wettbewerb ist einfach jene des Hauptdarstellers, sei es für das imperialistische Projekt oder für die neue Befreiungsbewegung. Das ist kein „Ägyptozentrismus“, sondern ein Gesetz der Geschichte und der Geografie. Der irakische oder der palästinensische Widerstand konnten oder können das amerikanische Projekt in der Region zum Stillstand bringen, doch die totale Niederlage dieses Projekts ist unmöglich, solange ihm keine Alternative entgegen gestellt wird. Jedes Gegenprojekt kann nur vom Kopf beginnen und der Kopf ist Ägypten, ist Kairo, wo wir das Regime stürzen müssen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die

Niederlage im Juni 1967 den arabischen Willen, dessen Zentrum Nassers Ägypten war, nicht brechen konnte, sondern dass es der Scheinsieg vom Oktober 1973 war, der uns den Teilsieg entriss und seit dem die Politik in die Gegenrichtung ausschlägt.

Hier ist es notwendig, genauer auf die die Rolle von Nasser und der Bewegung der freien Offiziere einzugehen: Ägypten war seit 1882 unter britischer Besatzung. Seit damals gab es mehrere nationale politische Führungen, deren Forderungen eine Verfassung und das Ende der Besatzung waren. Man blickte nicht über die Grenzen Ägyptens hinaus. Diese Führungen interessierten sich nicht im Geringsten für die sozialen Probleme in Ägypten. Der Krieg von 1948 und die Gründung des Staates Israel waren ein historischer Wendepunkt. Nasser und seine Kollegen haben als Offiziere an diesem Krieg teilgenommen und erkannten die Zusammenhänge zwischen dem zionistischen Feind, dem Kolonialismus und der herrschenden Klasse in Ägypten selbst.

Die Revolution von 1952 war der Start der panarabischen Welle in den 50er und 60er Jahren. Die panarabi-

sche Idee wurde neu gestaltet, indem sie einen klaren fortschrittlichen sozialen Charakter erhielt. Der Konflikt hatte neue Dimensionen angenommen. Im Jahr 1952 war der gesamte arabische Raum noch unter britischer und französischer Besatzung gewesen. Zehn Jahre später hatte der größte Teil des arabischen Raums die vollständige oder wenigstens formale Unabhängigkeit errungen. In den nächsten zehn Jahren sahen wir verschiedene Entwicklungen: das Scheitern der ägyptisch-syrischen Einheit unter dem Druck der reaktionären Kräfte, der Krieg im Jemen, in dem sich Ägypten auf die Seite der Revolution stellte, die großen sozialen Umwandlungen usw. Ägypten erlebte in dieser Epoche ein riesiges Wirtschaftswachstum, das laut den Berichten der Weltbank der größte in der Dritten Welt war. Zwischen 1956 und 1966 betrug das kontinuierliche Wachstum im Durchschnitt 7,6%. Auch die militärische Niederlage von 1967 und der Verlust des Suez-Kanals brachte das Wachstum nicht zum Stillstand. Es betrug 1967–1968 4% und 1969–1973 5,19%, und dies trotz des Krieges und hoher Militärausgaben. Als die von Nasser aufgebaute Armee 1973 den Suez-Kanal stürmte, stand Ägypten in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, das technische Niveau und die Bildungsrate auf dem selben Entwicklungsniveau wie Südkorea. Heute hingegen steht Ägypten laut den internationalen Entwicklungsberichten auf Platz 122 und Südkorea an zehnter Stelle.

Das zeigt das Ausmaß der Tragödie, die nach 1973 in Ägypten stattgefunden hat. Das war nicht einfach ein Kurswechsel oder ein Wechsel von politischen Richtungen, Standpunkten oder Plänen. Es war eine systematische Vernichtung. In den Jahren zwischen 1973 und 1977 gab es in Ägypten einen Richtungsstreit. Die Legitimität der Revolution von 1952 richtete sich gegen jene vom Oktober 1973, als Anwar Sadat den Sieg benutzte, um das gesamte Revolutionsregime zu elimi-

nieren. Der Konflikt endete mit der Unterdrückung des Aufstands vom Januar 1977. Damals erhob sich das ägyptische Volk zum letzten Mal. Danach stabilisierte Sadat sein Regime durch das Ausland. Camp David kam zustande. Nach diesem Abkommen gab das ägyptische Regime nicht nur seine Führungsrolle im arabischen Raum, sondern auch die Führung des eigenen Landes auf. Die politischen Entscheidungen wurden nicht mehr in Kairo getroffen, sondern in Washington, genau wie sie vor 1952 in London getroffen wurden. Ägypten wurde zu einer amerikanischen Kolonie und das gesamte arabische Befreiungsprojekt erlitt eine Niederlage. Ägyptens Position wandelte sich von einer Führungsrolle in die eines Vermittlers, eines Maklers. Ägypten übte Druck auf die Palästinenser aus, am Friedensprozess teilzunehmen und sich zu fügen. Mubaraks Regime gab 1991 auch die arabische Deckung für die US-Aggression gegen den Irak, was zum heutigen Ergebnis geführt hat. Durch das ägyptische Regime konnten die USA die gesamte Region erobern. Bagdad wäre nicht gefallen, wenn nicht Ägypten 25 Jahre früher politisch eliminiert worden wäre.

Das Regime behauptet aber, wirtschaftliche Gewinne aus den politischen Manövern erzielt zu haben. Wie sieht die ägyptische Wirtschaft aus?

Wenn man die Zuwachsraten unter Mubarak beobachtet, so sieht man, dass diese stark zurückgegangen sind. Im Jahr 1993 zeigt sich sogar ein negativer Wert. In den letzten Jahren bewegen sich die Zahlen um 2 %. Das ist ein totales wirtschaftliches Scheitern. Dies inkludiert auch einen massiven Abbau der industriellen Basis und der Kapitalakkumulation. Der staatliche industrielle Sektor wurde nicht privatisiert, sondern einfach zerteilt. Es gibt viele Beispiele, wie etwa die Stahlindustrie oder die Schiffswerften in Alexandria. Die Basis für jede Entwicklung, sei sie kapitalistisch oder sozialistisch, wurde einfach hinweggefegt. Obwohl Ägypten in den letzten Jahren des Präsidenten Sadat und in den Jahren von Mubaraks Regime insgesamt 200 Milliarden Dollar vom Ausland

erhielt (davon 50 Milliarden amerikanische Wirtschaftshilfe und 70 Milliarden von den Überweisungen ägyptischer Arbeitskräfte im Ausland), sind die Wachstumsraten zurückgegangen, die Schulden gestiegen und die Produktionsbasis größtenteils zerstört. Ende 1973 waren alle Schulden Ägyptens Militärschulden und sie überstiegen nie zwei Milliarden Dollar. Heute beträgt die ägyptische Staatsschuld 110 Milliarden Dollar. Diese Schulden werden aufgrund der fehlenden Produktionsbasis auch für die Zukunft ein großes Problem sein.

Nach der Demontage der nationalen Unabhängigkeit und dem Scheitern der Wirtschaft erleben wir heute eine Krise. Die Einkommensverteilung ist heute ähnlich wie in der Zeit vor 1952. Nach einer parlamentarischen Studie besitzen heute 2 % der Ägypter 40 % des Nationaleinkommens. Wir haben mehr Millionäre als Großbritannien, während zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Von 28 Millionen Arbeitskräften sind zehn Millionen arbeitslos. Neun Millionen Jugendliche im Heiratsalter können wegen ihrer Armut nicht heiraten. Es wird ständig von Reformen geredet, während die Wirtschaft weiter den Bach hinunter geht. Das Wort „Reform“ selbst macht den Menschen in Ägypten heute Angst, weil man darunter nur eine Verschlechterung der Lage versteht.

Und politisch? Hier wird Ägypten als Vorreiter der Demokratie im arabischen Nahen Osten dargestellt.

Die Zeit Mubaraks wird von seinem Regime als das blühende Zeitalter der Demokratie dargestellt. Aber in Summe sieht es wie folgt aus: Im Namen der so genannten Terrorbekämpfung oder im Kampf gegen die islamischen Gruppen wurden alle Parteien, Gewerkschaften, politische Organisationen und Institutionen marginalisiert. Der Ausnahmezustand dauert nun bereits 24 Jahre. Das Parlament, das von der Exekutive kontrolliert wird, hat diesen jährlich um ein weiteres Jahr verlängert. Dann sind sie pragmatischer geworden und verlängerten ihn alle drei Jahre auf wei-

tere drei. Die letzte Verlängerung gilt bis 2007. Es wird vermutet, dass der Ausnahmezustand danach durch das „Antiterrorgesetz“ ersetzt wird. Dieses Gesetz ist eine Wiederherstellung des Ausnahmezustands in einer zeitgemäßen Form.

Seit Mitte der 90er Jahre wurden die Gewerkschaften aus Angst vor islamischer Kontrolle „verstaatlicht“. Die wichtigsten Gewerkschaften sind unter staatlicher Kontrolle. Bei anderen wurden die Wahlen sabotiert bzw. auf unbestimmte Zeit verschoben. Nur zwei Gewerkschaften konnten die Blockade durchbrechen: die Journalistengewerkschaft und die Gewerkschaft der Anwälte, die seit vier Jahren der staatlichen Handhabe entkommen ist.

500 000 Haftbefehle wurden unter Mubaraks Herrschaft ausgestellt. Heute gibt es in Ägypten 25 000 politische Gefangene. Diese Zahlen stammen aus dem Bericht des Nationalen Menschenrechtskomitees, das quasi eine staatliche Institution ist. Die Zahlen sind vergleichbar mit jenen im Irak unter amerikanischer Besatzung oder in Palästina unter israelischer Besatzung.

Die politischen Differenzen mit dem Regime werden mit äußerster Brutalität behandelt. Es fing mit den islamischen Gruppen an, dann ging es gegen politische Aktivisten und Journalisten. Ich selbst wurde zu einem Opfer davon, aber ein anderer Journalist von al-Ahram namens Rida Hilal ist einfach verschwunden! In der ganzen ägyptischen Geschichte ist keiner so einfach verschwunden. Der Fall von Hilal ist ein bekannter Fall, aber es gibt auch Hunderte, die wegen Verdacht auf Mitgliedschaft in islamischen Gruppen verhaftet wurden und einfach verschwunden sind. So etwas kannten wir in keiner anderen Epoche vor diesem „blühenden Zeitalter der Demokratie“!

Der fünfte Punkt ist das Ergebnis der bereits genannten: Die allgemeine, noch nie dagewesene Ausplünderung des Landes. Laut offiziellen Zahlen – und ich meine hier den jährlichen Wirtschaftsbericht der staatlichen Zeitung al-Ahram und den Bericht der Wirtschaftskommission des

Parlaments – wurden 300 Milliarden Dollar unterschlagen. Das ist eine astronomische Zahl! Dies nur in drei Bereichen: beim Ausverkauf der Staatsbetriebe, beim Kapitalschmuggel ins Ausland und bei faulen Bankkrediten. Das bedeutet, dass der ägyptische Staat, der schon immer für seinen Bürokratismus kritisiert worden ist, heute in eine Mafia übergegangen ist.

Die Anhänger des Regimes behaupteten immer, dass die ägyptische Wirtschaft in den 60er Jahren unter Nasser unter den Militärausgaben im Krieg gegen Israel litt. Wir sehen jedoch, dass Ägypten seit 1973 keinen Krieg mehr geführt hat und dass seit damals die Entwicklungsraten trotzdem tief gesunken sind. Heute sehen wir einen Übergang des Regimes vom Einparteiensystem zu einem Einfamilien-system.

Warum haben die Ägypter diese Missstände so lange geduldet?

Die Ägypter haben nicht einfach geschwiegen. Alle meinungsbildenden Institutionen wurden staatlich „rationalisiert“. Die offene Politik starb und es entstand eine Art „innere Politik“, eine unterdrückte Wut. Die Zerschlagung der linken und panarabischen Kräfte erzeugte ein Vakuum, das von der islamischen Bewegung gefüllt wurde. Die islamische Bewegung ist eine Art urwüchsiger Protest mit primitiven Aktionsformen. Sie bildete eine organische Partei, eine Subgesellschaft oder einen Staat im Staat, um den gescheiterten Staat in Bezug auf die sozialen Bedürfnisse zu ersetzen. Sie hat auch mit dem bewaffneten Widerstand experimentiert, der die ganzen 90er Jahre andauerte und 1997 mit dem Anschlag in Luxor endete. Dieser hatte aber verheerende Folgen auf die Perspektive einer politischen Entwicklung. Danach wurde die sichtbare Opposition auf die Muslimbrüder reduziert, und wie unter der Regierung von Sadat wurde die Linke erst von den Universitäten und dann von der Straße verdrängt. Gemeinsam mit dem Staat hatten sie die totale Dämonisierung des sozialistischen Projekts der Revolution von 1952 betrieben.

Außerdem haben wir in Ägypten

die „Parteienkommission“, die ausschließlich von der Staatspartei kontrolliert wird. Diese Kommission ist weltweit ohnegleichen. Wer eine Partei gründen möchte, soll um die Erlaubnis der Regierungspartei ansuchen. Also man geht zum Staat und bittet höflich, ob man eine Oppositionspartei gründen darf! Natürlich akzeptiert die Regierung keine ernsthafte Opposition. So entstanden 17 künstliche Oppositionsparteien, die mit Politik nichts zu tun haben. Diese sind wie Vogelscheuchen und dienen dazu, dass die Regierung mit dem Vorhandensein von 21 Oppositionsparteien prahlen kann. Parteien mit fundierter politischer Grundlage – wie die libe-



rale Wafd, die sozialdemokratische Tammam und die Nasseristische Partei – haben zwar einen politischen Hintergrund, aber nicht das Recht, politisch zu agieren. Was hat das für eine Bedeutung, wenn man eine Partei zulässt und diese in ein Kämmchen einsperrt. Alle Versammlungen außerhalb des Parteilokals sind verboten. Alle Aktivitäten an der Universität, auf der Straße, alle Demonstrationen und Kundgebungen usw. sind verboten. Politik ist verboten! Die legalen Parteien sind zu so etwas wie Fußballvereinen geworden.

Mit der steigenden Wirtschaftskrise waren die Ägypter mit dem physischen Überleben beschäftigt. Wer arbeitslos ist, sucht Arbeit und wer Arbeit hat, sucht sich einen zweiten Job, um mit der Inflation mithalten zu können. Vor Jahren sind Millionen Ägypter in den Irak und in andere Länder emig-

riert, was die Lage ein bisschen entspannen konnte. Heute ist das auch nicht mehr möglich. Dies geschah nicht isoliert von den Entwicklungen in der Region. Im Ausland kamen die Ägypter in Kontakt mit anderen arabischen Gesellschaften und wurden von ihnen beeinflusst. Die Krise hat zu einem unerträglichen Zustand geführt.

Kommen wir nun zur Bewegung Kifaya. Die demokratische Opposition ist endlich zur Tat geschritten. Wie ist das zustande gekommen?

Zur sozialen Katastrophe kam auch die nationale Schande, die ihren höchsten Punkt mit der Besetzung des Iraks erreicht hat. Der Moment kam am 22. März 2003, als der Irak angegriffen wurde. Duzende politische Aktivisten hatten vereinbart, bei Kriegsbeginn spontan eine Kundgebung am Tahrir-Platz zu veranstalten. Sie wollten dies tun, damit in der Geschichte nicht geschrieben steht, dass in Ägypten keiner protestiert hätte. Dort wurden wir, aber auch der Staat, von Zehntausenden Demonstranten überrascht, die sich spontan versammelten. Bei dieser Massenkundgebung wurden auch soziale Forderungen laut. Die Repression war verheerend. Sogar einige Parlamentsabgeordnete wurden von den Sicherheitskräften misshandelt. Die Aktionen gingen weiter und die Unterdrückung ebenso. Im September 2004 gründeten dreihundert politische Aktivisten die Bewegung Kifaya. Zwischen März und September begriffen die Aktivisten unterschiedlicher Generationen, dass um aus der Sackgasse herauszukommen auch die ägyptische Frage – und nicht nur Palästina und der Irak – zu behandeln sind. Den ersten Aufruf von Kifaya unterschrieben ein paar Dutzend Menschen, dann stieg die Zahl auf dreihundert. Dieser Aufruf wäre wertlos geblieben, wären wir nicht zur politischen Aktion übergegangen. Bis heute haben 20 000 Personen den Aufruf von Kifaya unterschrieben. Solche Aktionen, wie die des letzten Jahres, kannte Ägypten seit 1977 nicht. Die Aktionen von Kifaya, von den Richtern und natürlich auch von den Muslimbrüdern, haben zwei politische Rechte errungen, die nicht

einfach von der Regierung zugestanden wurden: zunächst das Demonstrationsrecht, das laut Ausnahmezustand verboten wäre. Das Gesetz sieht die Versammlung von fünf Personen auf der Straße als eine illegale Demonstration an. Wir haben für unsere Kundgebungen um keine Erlaubnis gebeten. Das zweite Recht ist das Recht, den Präsidenten zu kritisieren. Laut Gesetz ist dies eine Straftat. Das ist das erste Mal in der ägyptischen Geschichte, dass der Herrscher zum Gegenstand von Kritik wird.

Bei den letzten Präsidentschaftswahlen durften angeblich mehrere Kandidaten antreten. Kifaya rief trotzdem zum Boykott auf und betrachtete diese Wahlen als eine Farce. Was ist der Hintergrund dieser Haltung?

Unsere Forderung ist eine radikale Reform des ägyptischen Präsidentsystems. Was am 7. September 2005 stattfand, war keine Wahl im demokratischen Sinne. Bei Wahlen gibt es ein selbstverständliches Recht, nämlich das Recht auf Kandidatur. Dieses Recht war bei diesen Wahlen nicht gegeben. Die Ägypter wurden in zwei Gruppen eingeteilt: dreihundert Mitglieder der erwähnten legalen Parteien, die kandidieren durften, und die übrigen 72 Millionen Ägypter, die es nicht durften. Um kandidieren zu können, braucht man 250 Unterschriften von Parlamentsmitgliedern. Diese kann nur ein Mann in Ägypten bekommen. Das waren für Mubarak maßgeschneiderte Wahlen. Die Bevölkerung hat dies auch nicht begrüßt. Dies drückte sich in der niedrigen Wahlbeteiligung aus, die laut offiziellen Zahlen bei 20% der registrierten Wähler lag. Dazu kommt, dass viele Menschen in Ägypten an sich wahlberechtigt wären, aber nicht in die Wählerlisten eingetragen sind. Um in diese Listen eingetragen zu werden, muss man sich bei der Polizei melden. Abgesehen von den Kosten geht man in Ägypten nicht oder jedenfalls nicht freiwillig zur Polizei. Das macht weitere 16 Millionen, die nicht gewählt haben. So haben nur 12,5% der Wahlberechtigten an diesen Wahlen teilgenommen. Das sind die offiziellen Ergebnisse, die sowieso nach oben

„aufgerundet“ sind. Beim Referendum über das neue Wahlgesetz gaben die offiziellen Stellen eine Beteiligung von 53% bekannt. Das heißt, dass auch in den offiziellen Angaben die Wahlbeteiligung um die Hälfte gesunken ist. Außerdem meinte ein Wahlbeobachter über das Referendum, dass nur 4% der Wahllokale unter der Kontrolle der Wahlbeobachter standen. Das deutet auf eine unverschämte Fälschung des Referendums hin. Mubarak versucht seine Diktatur mit einer Scheindemokratie zu verhüllen. Aber das größere politische Verbrechen ist sein Versuch die Präsidentschaft an seinen Sohn weiter zu vererben. Ägypten hat heute eine Art doppelter Präsidentschaft: eine formale von Mubarak und eine reale, die sein Sohn ausübt. Andererseits gibt es eine Bewegung für eine Veränderung, die nicht nur Aufrufe veröffentlicht hat, sondern auch auf der Straße gegen diese Verbrechen demonstriert hat. Am 27. September, als Mubarak für eine weitere Präsidentschaft vereidigt wurde, demonstrierten 15.000 Personen unter dem Slogan „Illegal“.

Der zweite Teil des Dramas hat mit dem Irak und der amerikanisch-israelischen Position zu tun. Das Regime von Mubarak und seiner Familie lehnt sich an die amerikanische Unterstützung an. Mubarak hat für die Verlängerung seiner Präsidentschaft für weitere sechs Jahre einen politischen Preis an die USA und Israel bezahlt: Die Amerikaner gaben ihm grünes Licht und dafür hat er den israelischen Spion Azzam Azzam trotz gerichtlicher Verurteilung freigelassen. Er unterschrieb das QUIZ-Abkommen, das die ägyptische Wirtschaft u.a. für israelische Beteiligungen öffnet. Der ägyptische Botschafter, der seit dem Beginn der palästinensischen Intifada aus Tel Aviv zurückgezogen war, ist nach Israel zurückgekehrt und ein ägyptischer Botschafter ist nach Bagdad geschickt worden. Ich spreche hier von Herrn Ihab Sharif, der kurz nach seiner Ankunft in Bagdad umgebracht wurde. Dann kam das katastrophale Erdgas-Abkommen mit Israel, nach dem Israel für 25 Jahre ägyptisches Gas zu einem festgesetzten Preis erhält. Der Ton Mubaraks gegenüber Sharon hat sich in den let-

zen Monaten deutlich gemildert. Die Bewegung Kifaya sieht Ägypten als eine amerikanische Kolonie. Sie will Ägypten von der amerikanischen Kolonialisierung und vom US-gesteuerten Regime befreien.

Der Aufruf von August 2004 war der Ausgangspunkt von Kifaya. Hier wurde Ägypten wieder an seinen richtigen Platz im Zentrum der arabischen Frage gestellt. Wir mussten Ägypten von einem Land der Aufrufe zum Land der Demonstrationen machen. Kifaya ist weder eine Partei noch eine Front einer oder mehrerer Parteien. Kifaya ist eine Plattform, eine Art Rahmen, in dem sich alle mit dem Willen zur Veränderung in Ägypten zusammenfinden. Hätten wir uns mit dem Aufruf begnügt, wäre dieser in einer Schublade verendet. Die 20.000 Unterschriften verdanken wir der Aktion. Erst die Aktion gibt dem Wort seinen Wert. So begann eine Reihe von Entwicklungen, die Ägypten seit 1977 nicht kannte.

Es war diese Reihe von politischen Aktionen, die uns die bereits erwähnten Rechte gebracht hat.

Wie sehen die Perspektiven für Ägypten aus?

Es gibt drei unterschiedliche Szenarien. Das erste ist jenes, worauf das Regime abzielt – meiner Meinung nach das unwahrscheinlichste von allen –, nämlich dass Mubarak seine nächste Präsidentschaftsperiode nicht beendet und die Präsidentschaft mitten in dieser Periode vererbt wird. Ich möchte an die Verfassungsänderung bezüglich Kandidatur erinnern (§76). Die alte Fassung besagt, dass ein Drittel der Parlamentsabgeordneten einen Kandidaten vorschlagen müssen, der von zwei Dritteln der Abgeordneten bestätigt werden muss; dann findet ein Referendum über die vorgeschlagene Person statt. Die Änderungen des alten Paragraphen waren nicht sehr tief greifend: Obwohl scheinbar Gegenkandidaten möglich sind, sind die Kriterien im neuen Paragraphen so angelegt, dass nur ein Kandidat bei den nächsten Wahlen diese erfüllen kann, nämlich Mubarak junior. Wir haben schon bei diesen Wahlen gesehen, was für Gegenkandidaten auftreten konn-

ten. Als ob es im Lande keine islamischen oder nationalen Strömungen gäbe. Der Kandidat muss einer legalen Partei angehören und 5 % der Parlamentarabgeordneten hinter sich haben, das sind 22 im Volksrat und 22 im Parlament. Wenn man weiß, wie diese gewählt werden, erkennt man die Unmöglichkeit solcher Kriterien. Hingegen sehen wir eine Ablehnung der Thronfolgesogar seitens vieler Sektoren im Staatsapparat selbst. Das Regime arbeitet zwar systematisch daran, doch ich glaube nicht, dass es Erfolg haben wird. Es ist nicht nur die breite Ablehnung, sondern auch die immer kleiner werdende Basis des Regimes, was man an der geringen Wahlbeteiligung erkennen kann. Das Regime hat keine soziale oder politische Verankerung in der Bevölkerung. Auch die Partei des Regimes ist auf eine Familienangelegenheit reduziert. Das Regime hat sich selbst geschwächt durch die weitgehende Privatisierung, den Abbau des staatlichen Sektors und dadurch, dass es allen Befehlen des Internationalen Währungsfonds gehorcht. Die einzige soziale Rolle, die das Regime noch hat, ist die Unterstützung der Lebensmittelpreise. Diese nehmen aber jährlich zu und belasten die Staatskassa schwer. Heute wollen sie diese Unterstützung in direkte Bargeld-Zuschüsse umwandeln, was aber die Inflation verstärkt und zu höheren Preisen führt (einige Waren würden das 40fache kosten). Dieser Schritt wird aber auch vom Währungsfond und von den USA verlangt. Die Regierung versucht diesen Schritt möglichst hinauszuzögern, wissend, dass er zu einer ernsthaften gesellschaftlichen Krise führen wird.

Die einzige Kontakt zwischen dem Regime und der Bevölkerung sind die Schlagstöcke der Sicherheitskräfte. Die Truppen der „zentralen Sicherheit“ umfasse heute beinahe eine Million Soldaten. Mit ihren schwarzen Anzügen sind sie ein Abschreckungsinstrument. Arme, ungebildete Bauern werden benützt, um auf die Demonstranten zu schlagen.

Das Szenario der vererbten Präsidentschaft kann nicht zu Ende geführt werden, nicht nur weil es zu offensichtlich ist, sondern auch weil das Regime

über keine politische und soziale Basis verfügt und nicht mehr in der Lage ist, eine solche zu schaffen.

Das zweite Szenario ist eine friedliche Beendigung von Mubaraks Regime. Dieses ist durch die Entwicklung der ägyptischen Oppositionsbewegung möglich geworden. Die neue Oppositionswelle richtet sich sowohl gegen die Knechtschaft durch die USA und gegen den Verfall Ägyptens. Die



Oppositionswelle beruht nicht nur auf der Diktatur Mubaraks, sondern auf der allgemeinen Degradierung, die von der Diktatur hervorgerufen wurde. Wir tragen keine Waffen und wollen einen friedlichen Ausgang. Wir sind sowohl gegen die Terrorgruppen, die Hunderte Ägypter ermordeten, als auch gegen die Terrorherrschaft Mubaraks, welche die menschliche Würde von Millionen Ägypter tötet. Das Land durchlebt heute eine totale Krise, die über den Rahmen der Politik, der Wirtschaft und der Geschichte geht. Wir wollen diese Herrschaft beenden, damit Ägypten aus diesem Alptraum aufwacht. Wir werden das Geplünderte nicht zurückgewinnen können, aber wir wollen der Plünderung ein Ende setzen. Es ist das Szenario der politischen Wut. Ich hoffe, wir werden in den nächsten Monaten fähig sein, eine Demonstration von 10 000 Menschen zu organisieren. Außerdem arbeiten wir daran, die Schritte mit den anderen Gruppierungen zu koordinieren. Kifaya ist selbst keine Partei, sondern umfasst Personen aus verschiedenen Parteien, darunter Nasseristen und andere Panarabisten, islamische Aktivisten der Arbeitspartei und der Zentrumspartei, sowie linke Parteien und Gruppen wie Tajammu, die Revolutionären Sozialisten und die Sozialistische Volkspartei. Wenn wir es schaffen, mit einem gemeinsamen Programm aufzutreten und gemeinsam mit den Muslimbrüdern einen Weg in Richtung

friedliche Beendigung des Regimes zu gehen, wird dieses Szenario immer wahrscheinlicher.

Das dritte Szenario ist der Volksaufstand, was durch das erste Szenario (die Machtvererbung) oder durch die Repression des Regimes gegen das zweite Szenario (die friedliche Opposition) hervorgerufen werden kann. Die ägyptische Gesellschaft hat die Eigenschaft, sehr lange geduldig zu sein, aber dann plötzlich wie ein Sturm auszubrechen. Was kommen wird, wird dem Wesen nach nicht nur eine Mischung der Aufstände von 1919, 1952 und 1977 sein, sondern einen hohen Blutzoll kosten. Das ist genau, was wir vermeiden wollen. Das Problem mit diesem Szenario ist sein unvorhersehbarer Ausgang.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass in unserer Region eine offene Konfrontation stattfindet. Der bewaffnete Widerstand im Irak ist die Kehrseite des politischen Widerstands in Kairo.

Nasser war als junger Offizier im palästinensischen Dorf Falluja eingeschlossen, als er die Verhältnisse erkannte und mit seinen Kameraden die Revolution der Freien Offiziere begann. Heute kommt die Lektion



aus dem irakischen Falluja, aber wir können und wollen nicht eine neuerliche Revolution Freier Offiziere haben. Wir wollen diesmal einen Aufstieg, der andauert. Eine Revolution freier Menschen muss die Veränderung – damit dieser Aufstieg, diese Renaissance Bestand hat – nicht nur für das Volk, sondern auch durch das Volk herbeiführen.

*Das Interview führte
Mohamed Aburous.*

Mohamed Aburous ist Vorsitzender des Arabischen Palästina-Clubs in Wien und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *Intifada*.

Solidarität mit dem iranischen Widerstand gegen die Unterordnung unter das US-Imperium

Für einen demokratischen Staat in ganz Palästina

Die Forderung des iranischen Präsidenten Ahmadinejad, Israel von der Landkarte zu tilgen, hatte nicht nur den zu erwartenden Protest der Zionisten zur Folge. Diesmal war die Stimme Europas und seiner Medien stärker, wobei diese nicht erwähnten, dass Ahmadinejad nichts anderes gesagt hatte als was der historischen Position der palästinensischen Befreiungsbewegung entspricht. Es ist ihre klassische antizionistische Position, die sich weder gegen die Juden noch gegen ihre Präsenz in Palästina richtet, sehr wohl aber den rassistischen, exklusiv jüdischen Staat Israel in Frage stellt. Das wurde verschwiegen, wobei gleichzeitig (pro)zionistische Stimmen ein Gewicht erhielten als ob es sich um Regierungserklärungen handelte.

Die anti-iranische Stimmungsmache in Europa ist den Kriegsdrohungen der USA gegen den Iran natürlich äußerst nützlich – Kriegsdrohungen, die schon seit Jahren andauern und ein Handelsembargo beinhalten. Für Washington ist der Iran sowieso einer der gefährlichsten „Schurkenstaaten“, eben weil er sich dem Amerikanischen Reich nicht vollständig unterwirft.

Wie die Kriege gegen Jugoslawien

und gegen den Irak gezeigt haben, sind intensive Medienkampagnen eine unerlässliche Voraussetzung für Aggressionskriege. So auch in diesem Fall. Wie der Angriff aussehen wird, hängt von den Kräfteverhältnissen ab. Ein wesentlicher Faktor dabei ist der Widerstand im Irak, der die Militärmaschinerie der USA bindet und so weitere Aggressionskriege erschwert. Die öffentliche Meinung in Europa spielt natürlich auch eine Rolle und deshalb ist es unsere Pflicht, in dieser Frage Stellung zu beziehen.

Zu den Anschuldigungen gegen Ahmadinejad

Wie bereits erwähnt, steht die Aussage Ahmadinejads im Einklang mit den Positionen der historischen palästinensischen Befreiungsbewegung, die von der palästinensischen Linken und der islamischen Bewegung weiterhin vertreten wird, während Arafats Fatah sie mit der Anerkennung Israels aufgegeben hat. Kein wirklicher Demokrat kann den rassistischen jüdischen Siedlerstaat, welcher der einheimischen palästinensischen Bevölkerung sowohl individuelle Bürgerrechte als auch kollektive nationale Rechte ver-

weigert, akzeptieren. Der Kolonialismus tritt das Recht auf Selbstbestimmung mit Füßen – und genau das tut Israel, als letzte Bastion eines unverhohlenen Ausdrucks westlicher Überlegenheit und Vormachtstellung. Nationale Selbstbestimmung ist jedoch die Grundvoraussetzung der Demokratie.

Aus diesem Grund haben die Antimperialisten die Forderung der palästinensischen Befreiungsbewegung für einen demokratischen Staat in ganz Palästina von Beginn an unterstützt, auch nachdem die PLO unter Arafat sich dem zionistischen Vernichtungskrieg gebeugt hatte. Wie andere anticoloniale Befreiungsbewegungen hat die palästinensische den Kampf um Demokratie für das unterdrückte Volk mit dem Angebot an die kolonialen Siedler verbunden, dass diese im Land, das sie als Kolonie unterworfen hatten, weiterhin leben können, wenn sie bereit sind einen gemeinsamen, demokratischen Staat zu akzeptieren. Die Behauptung, die Palästinenser hätten die Absicht, die Juden ins Meer zu treiben, ist schlichtweg absurd und stellt die Realität auf den Kopf. Es ist doch der Zionismus, der nicht nur die Auslöschung der Palästinenser als Nation beabsichtigt sondern diese Vernichtung auch unaufhörlich betreibt.

Die ganze Aufregung geht am Wesentlichen vorbei, denn es geht um den Versuch der Zionisten Palästina auszulöschen, eine Tatsache, die für den Westen ein Tabu ist. Auch die israelische Forderung, den Iran aus der UNO auszuschließen, folgt derselben Logik. Denn wenn es einen Staat gibt, der systematisch UNO-Resolutionen missachtet und Völkermord begeht, dann ist es Israel, das folglich aus der UNO



ausgeschlossen werden müsste.

Letztendlich muss man feststellen, dass die Kampagne gegen die Haltung des iranischen Präsidenten nur ein Vorwand ist. Diese wurde am Jerusalem-Tag wiederholt, mehr als Ritual denn als Kampfaufruf. In Wirklichkeit findet der Kampf gegen den Imperialismus, also auch der Kampf für Palästina, heute im Irak statt. Dabei kooperiert Teheran ziemlich eng mit den USA. Wenn der Iran die politische Führung der Schiiten tatsächlich dazu drängen würde der US-Herrschaft aktiv Widerstand zu leisten, dann wäre das Schicksal der USA in Mesopotamien besiegelt.

Was wirklich auf dem Spiel steht

Hinter der westlichen Reaktion auf den iranischen Verbalradikalismus steckt ein Konflikt größerer Dimension. Der Iran ist die regionale Macht, die trotz vieler Schwankungen die Unterordnung unter Washington verweigert. Das zeigt sich deutlich in der Frage des iranischen Atomprogramms. Ob die Behauptungen der USA, dass der Iran an der Entwicklung der Atombombe arbeitet, stimmen, können wir weder nachvollziehen noch widerlegen. Was aber mit Sicherheit gesagt werden kann ist, dass die USA jede friedliche Nutzung der Atomenergie unterbinden will, damit es zu keiner militärischen Nutzung kommen kann. Das wiederum ist eine grobe Verletzung der Souveränität des Iran.

Und warum sollte der Iran keine Atomwaffen haben, wenn die Freiheit der Völker dieses Raums von den USA bedroht ist und Israel Atomwaffen besitzt? Wenn man vom Terror der USA bedroht ist, scheint die präventive nukleare Aufrüstung die einzige Möglichkeit zu sein, dem Einhalt zu gebieten.

So wie im Irak steht im Iran letztendlich die Rolle der USA als beherrschende Macht auf dem Spiel. Und in diesem Kampf stehen wir ganz eindeutig auf der Seite derer, die dem US-Imperium Widerstand leisten.

Die Situation im Iran selbst

So wie es zur Zeit aussieht, steckt der Iran in dem hoffnungslosen Zwiespalt zwischen prowestlichen Reformern, die von der Mittelklasse unterstützt werden, auf der einen Seite, und den anti-westlichen Konservativen auf der anderen Seite, die sich auf den Klerus und die Armen der ländlichen Gebiete stützen können. Diese scheinen überdies den Staatsapparat unter Kontrolle zu haben.

Ahmadinejad scheint nicht völlig abhängig von der klerikalen Führungsschicht zu sein. Sein Wahlkampf, in dem die Frage der sozialen Gerechtigkeit eine wesentliche Rolle spielte, sicherte ihm nicht nur die Unterstützung der Benachteiligten, sondern kann auch als indirekte Herausforderung an den Klerus, der sich schamlos bereichert, verstanden werden. Hier könnte eine Bruchstelle sein.

Die höchste Autorität im Staat, Ayatollah Khamene'i, hat den Repräsentanten des prowestlichen Flügels, Rafsanjani, sofort zu versöhnlichen Worten gedrängt und gleichzeitig wurde Ahmadinejads Macht als Präsident verringert, indem der Wächterrat aufgewertet wurde. Nicht zufällig ist der Präsident dieses Gremiums Rafsanjani.

Wir unterstützen den iranischen Widerstand gegen jeden imperialistischen Angriff und hoffen gleichzeitig, dass sich eine von den breiten Massen gestützte antiimperialistische Strömung herausbilden wird, die sich dem Würgegriff und Einfluss des Klerus, dessen Interesse die Erhaltung der eigenen Macht ist, entziehen kann.

Antiimperialistische Koordination

4. November 2005

Der Text wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

Einverleibung Ostjersalems

Ein von der EU verfasster Bericht über die Situation in Ostjerusalem, der Israel beschuldigt durch den Bau der Apartheidmauer Ostjerusalem zu anektieren, wurde von den Außenminister der Europäischen Union nicht bewilligt.

Die Mauer schneidet Ostjerusalem vom Westjordanland ab. BewohnerInnen der beiden Regionen können diese Grenze nur mit Bewilligungen durch den israelischen Staat überschreiten, die allerdings kaum zu bekommen sind. PalästinenserInnen, die zuvor in Jerusalem gearbeitet hatten, sind nunmehr arbeitslos, Familien zerrissen getrennt. Damit wurde ein weiterer Schritt zur Zersplitterung der 1967 besetzten Gebiete gesetzt und der Anspruch, ganz Jerusalem soll Hauptstadt des Staates Israel sein, durchgesetzt. Kritik an diesem Vorgehen scheint aber der Europäischen Union zu weit zu gehen. Da solche Kritik die Beziehungen zwischen Israel und der Europäischen Union gefährden könnte, einigten sich die Außenminister der Europäischen Union darauf, ihre Kritik an Israels Vorgehen „auf anderen Wegen“ zu äußern. Im Klartext bedeutet dieser „andere Weg“ Mithilfe an der Vertuschungspolitik über die Verbrechen Israels und somit Mithilfe bei der Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser.

20. Dezember 2005

Quellen: Guardian, alertnet, Haaretz, adnki; siehe auch die Karte auf der Rückseite dieser Ausgabe der *Intifada*



Nehmt dem Folteropfer von Abu Ghraib nicht auch noch die Stimme

Petition an Außenministerin Plassnik

Im Folgenden veröffentlichen wir eine Petition an die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik, die in Reaktion auf die Verweigerung des österreichischen Visums an Haj Ali verfasst wurde. Haj Ali ist ein Folteropfer aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib. Er war zunächst von den Organisatoren der Konferenz in Solidarität mit dem irakischen Volk im Widerstand, die im Oktober 2005 in Rom stattfinden sollte, als Redner eingeladen. Ihm wurde jedoch, wie auch einer Reihe von Vertretern des politischen Widerstandes im Irak, die Einreise nach Italien verweigert. Um gegen die Entscheidung der italienischen Regierung zu protestieren, beschlossen die Organisatoren eine Kampagne für die Einreise von Haj Ali nach Europa, als Teil einer europaweiten Kampagne in Unterstützung des irakischen Widerstandes, ins Leben zu rufen. Doch auch der Antrag Haj Alis auf Einreise nach Österreich wurde abgelehnt.

Haj Ali (Ali Shalal Abbas) ist der Mann aus dem US-Gefängnis Abu Ghraib im Irak mit Kapuze und Elektroden an den Händen, dessen Bilder die Welt schockierten. Seit seiner Freilassung hat er es sich zum Ziel gesetzt einen Beitrag zum Ende der Folter durch die Besatzung zu leisten, dessen erster Schritt in der Aufklärung über die wahren Zustände besteht.

Ein Visumsantrag, gestützt auf eine Einladung seitens eines österreichischen Medienunternehmens, wurde von den österreichischen Behörden ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Dem geht ein negativer Bescheid durch die italienische Regierung voraus, die allerdings im Gegensatz zu Österreich mit den USA den Irak angegriffen haben und ihn nun besetzt halten.

Zeitgleich zur Einreiseverweigerung für ein Folteropfer empfängt die österreichische Regierung Jalal Talabani. Dessen Peshmerga-Milizen werden nicht nur zahlloser Menschenrechtsverletzungen verdächtigt, wie beispielsweise der systematischen Folterung von Besatzungsgegnern, sondern seine Präsidentschaft als ganze stützt sich auf einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und die darauf folgende Besatzung. Mit dem Staatsempfang für

Talabani macht die Regierung die europäische Opposition zum Krieg gegen den Irak rückgängig, die dem Willen der übergroßen Mehrheit entspricht, und rechtfertigt das Besatzungsregime. Von Neutralität kann da keine Rede mehr sein.

Wir verlangen von Außenministerin Plassnik, dass sie über die Gründe für die Ablehnung der Einreise für Haj Ali Auskunft erteilt. Wir wollen daran erinnern, dass sich Österreich in verschiedenen völkerrechtlich bindenden Verträgen zur Prävention der Folter verpflichtet hat, welches mit einschließt Aufklärung über diese nicht zu behindern.

Wir fordern daher die Rücknahme der Einreiseverweigerung und die Gewährung eines Visums, so dass auch ein Opfer der Besatzung zu Wort kommt. Das gebietet die Meinungsfreiheit und -vielfalt.

Schließlich mahnen wir die verfassungsmäßig festgeschriebene Neutralität Österreichs ein, die durch die offensichtlich praktizierte Unterordnung unter die US-Interessen verletzt wird.

- Karin Resetarits, Abgeordnete zum Europaparlament

- Paul Pirker, Vorsitzender des entwicklungspolitischen Beirats der Salzburger Landesregierung, Salzburg
- Kurt Köpruner, Autor
- Leo Gabriel, Journalist, Wien
- Peter Schmidt, Journalist, Wien
- Dipl.-Ing. Dr. Hans Mikosch, Universitätslehrer, Wien
- Dr. Karl Reitter, Universitätslehrer, Wien
- Dr. Hannes Hofbauer, Verleger und Journalist, Wien
- Werner Pirker, Journalist, Wien
- Herbert Loitsch, Multimedialist und Journalist, Wien
- Dr. Teresa Frisch-Soto, Lektorin, Universität Wien
- Peter Winkler, Landesobmann des öö. KZ-Verbandes
- Rudolf Haunschmid, Widerstandskämpfer und Ehrenobmann des oberösterreichischen KZ-Verbandes
- Wilfried Bader, Gemeinderat Angerberg, Tirol
- Gerhard Ruiss, Literat, Wien
- Wolfgang Purtscheller, Autor
- Melanie Marschnig alias Melamar, Literatin
- Sandra Bakutz, Menschenrechtsaktivistin und Journalistin
- DSA Selma Schacht, GLB-GPA, Wien
- Lazar Bilanović, Jugoslawisch-Österreichische Solidaritätsbewegung, Wien
- Dr. Haimo L. Handl, Consultant, Wien
- Tibor Zenker, Sozialistische Jugend Niederösterreich
- Otto Bruckner, Kommunistische Initiative Wien
- Michael Pröbsting, freier Journalist, ArbeiterInnenstandpunkt, Wien
- Gerhard Dusek, Ottakringer Kommunisten, Wien



Residenz gestürmt

Am 29. Dezember 2005 stürmten hunderte Besatzungssoldaten und Kollaborateure die Residenz und das Büro vom Imam Ahmad Hassani Baghdadi um ihn zu verhaften. Imam Baghdadi war nicht anwesend und die Truppen besetzten das Gebäude bis zum 1. Januar 2006.

Baghdadi ist eine der wichtigsten Persönlichkeiten im schiitischen Milieu des Irak, er leitet das schiitische religiöse Forum (Hawza) in Najaf.

Der Hintergrund dieses Angriffes ist die Fatwa, die Baghdadi zehn Tage zuvor verfasst hatte, in der er die Wahlen im Irak als „illegitim“ und als „unter der Anwesenheit einer ausländischen Besatzung durchgeführt“ bezeichnet hatte. Die Wahlen „werden einen Deckmantel für die Besatzung bieten, ihr politisches Gift hinter schönen Namen und bunten Fahnen zu verstecken“. Baghdadi rief zu einem umfassenden Boykott der Wahlen auf.

Baghdadi verteidigte den irakischen Widerstand und wies dessen

Charakterisierung durch die Medien, er sei rein sunnitisch, zurück: „Es gibt kein sunnitisches Dreieck oder ein schiitisches Gebiet! Diese Definitionen wurden von den Besatzern geschaffen, um die Tatsachen zu verdrehen und den Widerstand zu diffamieren, der im ganzen Irak aktiv ist.“ Er unterstützte den irakischen bewaffneten Widerstand, „der die Iraker repräsentiert, die bereit sind für Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu kämpfen“, und der „seine Effizienz darin bewiesen hat, den politischen Kurs im Irak zu lenken und die zionistischen Pläne in dieser Region zu sabotieren.“

Alle irakischen nationalen Kräfte und religiösen Führer verurteilten den Angriff auf Baghdadis Wohnort. In einem symbolischen Akt besuchte Imam Muqtada al-Sadr nach dem Abzug der Soldaten Baghdadi in seinem Haus um seine Solidarität auszudrücken.

*Mohamad Aburous
5. Januar 2006*

-
- Dr. Lisl Riza, Lektorin, Kommunistische Initiative Wien
 - Jean-Marie Jacoby, Journalist, Kommunistische Initiative Tirol
 - Helmuth Fellner, Lehrer und Betriebsrat, Wien
 - Mag Gerhard Drexler, Soziologe, Wien
 - Irina Vana, Spitzenkandidatin der „Gegenstimmen“, Wien
 - Waltraud Schauer, menschlicher Schutzschild im Irak
 - Elisabeth Gschaider, Journalistin, Wien
 - Dipl.-Ing. Mohammad Aburous, Chemiker, Arabischer Palästina-Club
 - Bärbel Staudenmayer, Ethnologin, Wien
 - Wilhelm Langthaler, Antiimperialistische Koordination, Wien
 - Anna Murzynska, Studentin, Wien
 - Michaela Mayer, Grafikerin, Wien
 - Markus Bernhardt, Journalist, Berlin
 - Dieter Reinisch, Angestellter am Flughafen Wien-Schwechat und Student, ArbeiterInnenstandpunkt, Wien
 - Ruben Equit, Student, Gelsenkirchen
 - Klaus Hartmann, Vizepräsident der Weltunion der Freidenker, Offenbach am Main
 - Dr.med. Sean Steinbach, Berlin
 - Ernst Lammer, Kommunistische Initiative Wien
 - Dipl. Ing. Peter Betscher, Darmstadt
 - Mag. Elisabeth Lindner-Riegler, AHS-Lehrerin, Wien
 - Winfried Belz, Kath. Theologe, Wilhelmsfeld, BRD
 - Bachar Jmal, Krankenpfleger und Kandidat der Liste Gegenstimmen, Wien
 - Houidi Zouhaier, diplomierter Krankenpfleger, Wien
 - Mag. John Evers, Angestellter, Wien
 - Dr. Tammam Kelani, Augenarzt, Gänserndorf
 - Dr. Alaeldine Hallak, Kinderarzt, Wien
 - Dipl.-Ing. Abdel Latif Mahoud, Wien

1. Dezember 2006

Brief Haj Alis an das italienische und österreichische Volk

Visumsverweigerung

An das italienische und an das österreichische Volk

**Von den Wunden des
Zweistromlandes**

**Von der Nation, die für ihre
Freiheit kämpft und ihre
Würde verteidigt**

**Von den Opfern des Irak –
Frauen, Kinder, Alte und
Junge**

Ich wünschte, man hätte mir die Einreise nach Italien und Österreich gewährt, aber ich bin nicht erwünscht. Das tut weh, zusätzlich zu den Schmerzen, an denen ich seit Abu Ghraib leide. Scheinbar ist es Teil der Demokratie, die sie uns bringen wollen, dass denjenigen, die ihre Würde, ihre Heimat, ihre Ehre hochhalten, das Wort verboten wird.

Mein Herz bleibt dennoch voll von Frieden und Liebe, obwohl es mir verweigert wurde zu Euch zu kommen und meine Gedanken mit Euch zu teilen,

als jemand der durch die Folter durch US-Besatzungssoldaten Zeit seines Lebens behindert sein wird.

Zehntausende Opfer der US-Gefängnisse im besetzten Irak appellieren an Euer Bewusstsein. Ihr alle wisst, was in diesen Gefängnissen passiert, einschließlich jener, die von Milizen und Parteien betrieben werden, die sich heute an der Regierung befinden. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs der Grausamkeiten, die im Namen von Humanität und Religion begangen werden.

Für die Gefangenen jedenfalls, die Folter, Beschimpfungen und Erniedrigungen erleiden, werden die Gefängnisse zu Schulen des Widerstands – als Antwort auf ihr Leid.

Anlässlich des Besuchs des irakischen Präsidenten in Euren Ländern, bitten wir Euch im Namen der Opfer Euer Volk, Euer Parlament, Eure Regierung, Vereine, Parteien und politi-

sche Bewegungen zu veranlassen, dass sie Talabani aufrufen die politischen Häftlinge sofort freizulassen. Erinnert ihn auch an die Solidarität, die das kurdische Volk international erhalten hat.

Der Beweis dafür, dass ich die Visaverweigerung verzeihe, ist meine Bitte an eure Völker sich zu engagieren, dass Folter und Besatzung ein Ende finden.

Der Geist der Revolution ist wie ein Samen der im Herzen und im Verstand wächst, wie uns der große Revolutionär Ernesto Che Guevara lehrte.

All meine Hochachtung
Im Namen der Freiheit und des Friedens für alle Völker der Welt

Haj Ali

Gründer und Koordinator der Vereinigung der Opfer der US-Besatzungsgefängnisse, registriert unter der Nummer it1050ng0

11. November 2005



Filmkritik

Paradise Now

Ein Film von Hany Abu-Assad; Niederlande/Israel/Deutschland/Frankreich 2005; Spielfilm, 90 Minuten, gedreht in Nablus und Nazareth

Zwei junge Palästinenser, Khaled und Said, arbeiten gemeinsam in einer Autoreparaturwerkstätte in Nablus. Nach Arbeitsschluss treffen sie sich und träumen von einer anderen, besseren Zukunft. Eines Tages scheint ihre eigene Zukunft nur mehr eine Nacht lang zu sein – ihr Freund Jamal teilt ihnen mit, dass es für sie soweit ist. Sie erfahren von ihrer Mission als Märtyrer in Tel Aviv und verbringen ihre letzte Nacht mit der Familie. Ein richtiger Abschied ist nicht möglich. Am nächsten Morgen erklären sie für die Nachwelt, warum sie in den Tod gehen werden und werden an die Grenze gebracht, aber vorerst läuft die Operation schief. Schließlich bewirkt der Aufschub, dass Khaled sich der Mission entzieht während Said seinen Körper und Tod immer deutlicher als einzige Waffe, die er besitzt, sieht und schließlich einsetzt.

Für heftige Emotionen sorgte die Österreich-Premiere dieses Films im Rahmen der Jüdischen Filmwoche 2005. Die Israelitische Kultusgemeinde hatte bereits im Vorfeld die Organisatoren der Filmwoche für den „Skandalfilm“ kritisiert, der unter anderem bei der letzten Berlinale mit dem Amnesty International Filmpreis ausgezeichnet wurde und von der israelischen Zensurbehörde das Prädikat „exzellent“ erhielt. In der Wiener Urania jedoch wurde der Film von Zwischenrufen wie „Antisemitischer Wahnsinn!“ oder „Wo bleiben die Opfer?“ begleitet.



Was hat es mit dem Film auf sich, der einerseits internationale Anerkennung gewonnen hat und an deren Herstellung die israelische Produktionsfirma Lama Productions beteiligt

war, der andererseits aber in Österreich als „antisemitisches Machwerk“ verteufelt wird?

Hany Abu-Assad selbst sagt über „Paradise Now“: „Mit meinem Film kämpfe ich gegen die Besatzung und gegen das, was sie den Menschen antut. Ich bin Pazifist. Glauben Sie, ich bin damit zufrieden, wenn junge Männer, die ein Leben, Kinder, die Liebe vor sich haben, nach Israel gehen und sich zusammen mit anderen Menschen in mikroskopisch kleine Teile zerfetzen lassen? Glauben Sie, das ist die Art von Jugend, die ich einem jungen Palästinenser wünsche? Aber wenn man einen Film über Selbstmordattentäter dreht, dann muss man diese Menschen mit Respekt behandeln. Man muss sich in ihre Perspektive, in ihre Mythologie hineinversetzen, ohne sie zu rechtfertigen. Sonst reproduziert man nur die Urteile, die die ganze Welt gegen diese Leute hegt.“ (Folder des Votivkino vom November 2005)

Hany Abu-Assad will mit seinem Film gegen die Besatzung kämpfen. Das ist der springende Punkt. Die gnadenlose Besatzung ist der Grund, warum Männer wie Said und Khaled zu Selbstmordattentaten bereit sind. Aber genau hier vermittelt der Film zu wenig. Hätte er es mehr getan, wäre die internationale und besonders israelische Anerkennung wohl dürfti-



ger ausgefallen. Hany Abu-Assad sagt selber, dass die Dreharbeiten in Nablus „eine einzige große Reise der Angst waren. Fünf Monate der kontinuierlichen Furcht. Selbst als wir schliefen, waren wir noch verängstigt. Jeden Morgen musste ich erst einmal feststellen, dass ich noch am Leben war. Es war

eine schreckliche Erfahrung.“ (Nordkurier, 22. November 2005) Das ist das Leben in Nablus, der „closed military zone“ – der Alltag der Besatzung. Der lässt sich im Film nur erahnen, genauso wie der politische und militärische Kampf der Palästinenser, die Intifada. Said und Khaled werden nicht als politische Kämpfer gezeigt, sie stehen fast im luftleeren Raum und wirken vorerst fremdbestimmt, als Jamal sie von ihrer Mission unterrichtet. Eine Organisation schickt sie in den Tod. Dann spielt auch noch das zu erwartende Paradies eine größere Rolle als eine politische Aufgabe. Der Respekt, den Said und Khaled bekommen, gilt ihnen als junge, sympathische Männer, denen ihre Familie viel bedeutet – als politisch handelnde Menschen wird ihnen dieser vorerst verwehrt. Erst in der Schlussrede Suids wird der Zuseher mit der Besatzung und dem unerträglichen Leben unter dieser als Beweggrund für Suids Handeln unmissverständlich konfrontiert. Said spricht von seinem Wunsch auf ein Leben in Würde, das ihm und seinem Volk im israelischen Gefängnis verwehrt wird. Noch dazu verstehen es die Besatzer, sich in der Welt als Opfer darzustellen. Er will und kann dieses erniedrigte Leben nicht weiterführen und muss seinen Beitrag für ein Leben in Würde und Unabhängigkeit leisten – mit seinem Leben gegen die militärische Übermacht der Besatzer, die ständig Leben zerstören.

Macht dieser Schluss das Vorangegangene wett? Für diejenigen, die hinhören, wird das, was unter Besatzung zu leben bedeutet, begreifbarer – und damit auch Said. Da aber Suids Worte im Kontext des gesamten Films stehen, scheinen sie an Bedeutung zu verlieren. Dafür gibt es internationale Anerkennung, die eine deutlichere Sprache wohl mäßiger ausfallen lassen hätte.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien.

Filmkritik

Munich – München

Ein Film von Steven Spielberg; USA 2005; Länge: 164 Minuten

Olympische Sommerspiele in München im Jahre 1972. Das palästinensische Kommando Schwarzer September stürmt das Olympiadorf und nimmt elf israelische Sportler als Geiseln, um mit ihnen die Freilassung von an die 230 politischen Gefangenen zu erzwingen. Die Geiselnahme endet mit dem Tod der Geiseln, eines deutschen Polizisten und fünf der Geiselnnehmer.

Mit diesem Bezug auf ein historisches Ereignis beginnt der Film, der in den Augen des Regisseurs so etwas wie "historical fiction" – also eine subjektiv wahrgenommene und erzählte Version einer tatsächlichen Gegebenheit – ist. Eine subjektive, parteiische Version ist er tatsächlich von Anfang an. München 1972 ist die Stunde Null, die den Zuschauer in den Bann eines singulären Ereignisses zieht, dessen vielschichtige Dimension eindimensional erzählt wird. Es geht nicht um



die Komplexität und schon gar nicht um die Ereignisse, die zu dem Geiseldrama führten, sondern um die emotionale Einstimmung auf die nächsten zwei Stunden – um die Jagd eines vom Mossad beauftragten Killerkommandos auf die vermeintlichen Hintermänner des Schwarzen September. Die Wahl dieses Blickwinkels auf die Geschichte des Kampfs zwischen dem palästinensischen Volk und Israel bestimmt die zentrale Aussage des Films, den alle Details untermauern.

Der Anschlag in München hat also keine Geschichte. Es kommt kein palästinensisches Volk vor, das 1948 und 1967 zu Hunderttausenden von seinem

Land vertrieben wurde, das seit 1967 – also damals seit fünf Jahren – unter israelischer Besatzung lebte. Kein Wort davon, dass tausende Palästinenser in israelischen Gefängnissen gefoltert wurden, dass zur Bekämpfung des Widerstands – eines legitimen Widerstands gegen Besatzung – Zivilisten als „Kollateralschäden“ ermordet wurden oder Flüchtlingslager bombardiert wurden. Die brutalen ersten Jahre der Besatzung waren der direkte Hintergrund von München 1972. Aber diese Geschichte darf nicht erzählt werden, damit der zweistündige Rachefeldzug der Israelis menschlich verstanden und nachvollzogen werden kann.



Die Antwort Israels, die im Film nicht vorkommt, sind sofortige Luftangriffe auf palästinensische Flüchtlingslager in Syrien und im Libanon, bei denen über zweihundert Menschen – Zivilisten, Flüchtlinge – ermordet wurden. Dieser israelische Terror hätte wohl die Balance gestört, so konzentriert sich der Film auf die Jagd nach den vermeintlichen Hintermännern der Geiselnahme. Der israelische Geheimdienst Mossad beauftragt ein fünfköpfiges Team damit, in Europa die Hintermänner zu liquidieren. Der Codename der Operation ist „die Rache Gottes“. Spielberg bezieht sich in seiner historischen Recherche auf das Buch "Vengeance" von George Jonas, eines kanadischen Journalisten. Ausgestattet mit der Liste der Namen der angeblichen Hauptverantwortlichen für München beginnt die Jagd. Das erste Opfer, Wa'il Zu'yatir, war PLO-Vertreter in Rom, der nichts mit München zu tun hatte. Weitere Kandi-

daten auf der Todesliste können nach und nach abgehakt werden. Irgendwann kommen Avner, dem Leiter des Kommandos, Zweifel, ob das wirklich auch immer „die Richtigen“ sind. Bei den Zweifeln bleibt es bei Spielberg. Wenn er es schon sonst nicht so genau wissen wollte, musste er doch über die breit in der Öffentlichkeit diskutier-



te Ermordung Ahmed Bouchikis, eines marokkanischen Kellners in Norwegen, Bescheid gewusst haben. Das Killerkommando erschoss ihn, weil es ihn mit dem Topkandidaten Ali Hassan Salameh verwechselte. Nein, diese Aktion hätte auch die Balance gestört und findet keine Erwähnung.

Abu Daud, ein Organisator des Anschlags in München, lebt heute in Damaskus und sagt über den Film, dass Spielberg die historische Wahrheit verdreht. Denn die Legende will es, dass die Verantwortlichen von München weltweit gejagt und getötet wurden. Heute weiß man, dass Menschen ermordet wurden, die nichts mit München zu tun hatten. Auf die Frage, ob der Mossad versuchte, ihn zu töten, weil er der Verantwortliche für die Beschaffung der Waffen war, antwortet Abu Daud, dass er es nicht wisse. Er lebe jedenfalls noch. Ali Hassan Salameh wurde schließlich im Jänner 1979 in Beirut von einer Autobombe zerfetzt. Mit ihm starben mehrere unbeteiligte Personen. Laut Abu Daud hatte Ali Hassan Salameh mit München nichts zu tun, war aber als einer der engen Vertrauten Arafats Zielscheibe für die Israelis. (Abu Daud in einem Focus-Interview mit Thomas Scheuer)

Man fragt sich, wie man all die Enthüllungen der letzten Jahrzehnte



ignorieren kann, wenn man den Anspruch hat, sich auf historische Tatsachen zu berufen. Wie kann man ignorieren, dass es bei der „Rache Gottes“ hauptsächlich darum ging, möglichst viele PLO-Vertreter zu vernichten? Man kann es, wenn man mit seinem Film einen anderen Anspruch verwirklichen will. Heute, wo der „Kampf gegen den Terror“ alle Mittel legitimieren soll, passt der Film nahtlos ins Konzept. Am Beginn wird Golda Meir als die gütige, alte Dame porträtiert, die zur Selbstverteidigung Israels nichts anderes tun konnte, als den Mord an den israelischen Sportlern zu rächen. Es ist die Golda Meir, die – historisch belegt – über die Palästinenser sagte: „So etwas wie ein palästinensisches Volk existiert nicht.“ Sie verfolgte eine dementsprechende Politik. Spielberg setzt ihre Ideologie im Film um. München hat keine Vorgeschichte, die Palästinenser sind Terroristen. Zu sagen haben sie im Film wenig. In der englischen Fassung in den amerikanischen Kinos wird das Wenige, was auf Arabisch gesagt wird, nicht einmal Untertitelt.

Breiten Raum hingegen bekommt das fünfköpfige israelische Killerteam, um zu vermitteln, dass sie Menschen sind und keine Killer. Sie haben für Israel ein ungeheuerliches Verbrechen zu sühnen – deshalb können sie weder Terroristen noch Killer sein. Ausgehend von dieser Prämisse sehen wir sie essen, lachen, scherzen oder auch später von gewissen Zweifeln geplagt. Wir haben es mit Menschen zu tun, mit denen man sich identifizieren kann. Avner ist zudem Vater eines kleinen Babys, nach dem er sich sehnt, das er nur

übers Telefon hören kann. Wir werden Zeugen, wie er darüber in Tränen ausbricht. Alle Register werden gezogen um Avner, den Killer, nicht als Killer darzustellen. Als ein Partner seine Zweifel mit den Worten äußert: „Juden tun nichts Unrechtes, nur weil ihre Feinde etwas Unrechtes tun“, antwor-



tet Avner vorerst noch: „Wir können es uns nicht leisten, anständig zu sein.“ Am Ende steigt Avner aus, verlässt Israel und stellt seinem ehemaligen Vorgesetzten die Frage nach Beweisen für die Schuld der Männer, die umgebracht wurden. Er kommt zu dem Schluss: „Gäbe es Beweise, hätten wir sie verhaften sollen, so wie Eichmann.“

Dieser Schluss ändert nichts an der Grundaussage des Films, nämlich dass Israel im Kampf gegen die „terroristischen Palästinenser“ jedes Recht hat, Rache zu nehmen. Im Gegenteil – die unmenschliche Politik bekommt noch menschlichere Züge. Die Schlusszene mit Avner und seinem Baby auf dem Arm macht die Identifikationsmöglichkeit vollkommen.

Spielberg hat dem rassistischen zionistischen Israel einen hervorragenden Dienst erwiesen, darüber hinaus auch noch George Bush in seinem „Kampf gegen den Terror“.

Schlussbemerkung

Isi Leibler, ehemaliger Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, erboste sich über „München“ in der Jerusalem Post: „Wie konnte ein guter Jude einen Film promoten, der das Recht Israels auf Selbstverteidigung untergräbt, indem er eine moralische Gleichwertigkeit zwischen Mossad-Operationen

und terroristischen Morden herstellt?“ Wenn man den Film gesehen hat, wird man erkennen, dass es gerade um die absolute moralische Ungleichheit geht und dass Stimmen wie die Leiblers offensichtlich jeden noch so zarten Hauch an Kritik als Angriff auf ein moralisch absolut über jeden Zweifel erhabenes Israel sehen. Dennis Ross, ehemaliger Nahost-Gesandter der USA unter Bill Clinton, der für den Film in der jüdischen Gemeinde in Manhattan warb, sieht die Sache anders. „München“ sei sehr wohl „ein guter Film für die Juden und für Israel.“ Was Israel betrifft, hat er leider Recht.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien.





- Ich will regelmäßig **Informationen** über die Aktivitäten der Antiimperialistischen Koordination (AIK) per E-Mail.
- Ich will die Zeitschrift „**Intifada**“ abonnieren (5 Zusendungen: 10 Euro).
- Ich will ein **Förder-Abo** der „**Intifada**“ (5 Zusendungen: 20 Euro)
- Ich will die „**Intifada**“ Nr. ____ nachbestellen.

Name: _____

Adresse: _____

Plz., Ort: _____

E-Mail: _____

Bitte freimachen

**An die
Antiimperialistische
Koordination**

**Postfach 23
A-1040 Wien
Österreich**

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org
Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich
Bank: PSK (1018 Wien)
Konto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSK AT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion & Impressum

Redaktion: Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Mohamed Aburous, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.



Österreichisch-Arabisches Kulturzentrum (OKAZ)

Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien
Regelmäßig Veranstaltungen, Sprach-,
Musik- und Tanzkurse
täglich von 12 bis 22 Uhr geöffnet

Anzeige

Israels Apartheidmauer bei Jerusalem

Stand: September 2005

